



Protokoll

der 15. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 20. Mai 2026, um 9:00 Uhr

Vorsitz:

Protokoll:

*Beat Flury, I. Ratssekretär
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*

Abwesende:

Johannes Sieber (GLP), Melanie Eberhard (SP), Seyit Erdogan (SP).

Verhandlungsgegenstände:

47. Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei, Bericht der WAK 2
24. Anzug 9 Barbara Heer und Konsorten betreffend Beschleunigung der Wiederherstellung des öffentlichen Verkehrs rund um Kundgebungen..... 12
25. Anzug 10 Fleur Weibel und Konsorten betreffend bessere Fahrgastinformationen im öffentlichen Verkehr rund um Kundgebungen 18
26. Motion Jean-Luc Perret und Konsorten für den unterirdischen Schutz von Grünanlagenzonen, Zwischenbericht des RR..... 21
- 26.1. Motion Rudolf Rechsteiner und Konsorten betreffend Bewilligungsbefreiung für Solaranlagen, Zwischenbericht des RR..... 22
- 26.2. Anzug Béla Bartha und Konsorten betreffend Ergänzung des Baumschutzgesetzes: Nicht nur die Anzahl, sondern auch der ökologische Wert des Baumbestandes in BS muss geschützt werden, um dessen Klimawirkung zu erhalten, Zwischenbericht des RR 23
27. Anzug Daniel Hettich und Konsorten betreffend Regionales Logistikflächenkonzept, Schreiben des RR . 23
28. Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Prüfung einer Aufhebung von Tram- und Bushaltestellen zur Attraktivitätssteigerung eines schnelleren Tram- und Busnetzes in Basel-Stadt, Schreiben des RR..... 24
29. Interpellation Nr. 21 Joël Thüring betreffend missachtet Regierungsrätin Esther Keller bei Rekursentscheiden der Freizeitgartenkommission infolge eigener Abwesenheit das Gesetz?, Schreiben des RR..... 24
30. Interpellation Nr. 40 Annina von Falkenstein betreffend Altersdiskriminierung durch das Bau- und Verkehrsdepartement bei der Autoabgabe-Prämie für Klimaziele, Schreiben des RR..... 24
31. Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Massnahmen gegen den illegalen Drogenhandel rund um die Kaserne, den Erasmusplatz und den Claraplatz, Schreiben des RR 25
32. Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend Sensibilisierung der friedlich Demonstrierenden und Abstand von Vermummten und Personen mit Schutzausrüstungen, Schreiben des RR 32
- 32.1. Anzug Fleur Weibel und Konsorten betreffend Deeskalation bei Kundgebungen, Schreiben des RR..... 35
33. Anzug Christian von Wartburg und Konsorten betreffend Verbesserung der Veloverkehrssicherheit, Schreiben des RR..... 36
34. Interpellation Nr. 39 Edibe Gölgei betreffend Deepfakes, pornografische Inhalte und digitale sexualisierte Gewalt im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR 37
35. Motion Beat Braun und Konsorten betreffend Erhöhung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgungsplätze, Bericht des RR 37



Beginn der 15. Sitzung

Mittwoch, 20. Mai 2026, 09:00 Uhr

47. Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei, Bericht der WAK

[20.05.26 09:00:05, 25.0674.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zu unserer heutigen Sitzung und habe Ihnen folgende Mitteilungen zu machen:

Ich starte mit dem Hinweis, dass Sie bitte die Abstimmungskarten einstecken.

Rücktritt aus dem Grossen Rat

Georg Mattmüller hat per 4. September 2026 seinen Rücktritt aus dem Grossen Rat eingereicht. Wir werden ihn an seiner letzten Sitzung am Bündelitag gebührend verabschieden.

Fraktionswechsel und ein runder Geburtstag in der LDP

Annina von Falkenstein hatte am Wochenende einen runden Geburtstag. Ebenfalls wird sie ab 1. Juni das Fraktionspräsidium der LDP von Raoul Furlano übernehmen. Raoul Furlano und Annina von Falkenstein werden aus dem Anlass, Rücktritt und Geburtstag, gemeinsam heute Vormittag den Kaffee spendieren. Ich gratuliere Annina von Falkenstein recht herzlich zum Geburtstag und danke beiden für die grosszügige Kaffeespende.

Hinweis auf einen Anlass der Kulturgruppe

Das Co-Präsidium der Kulturgruppe des Grossen Rates freut sich, auf die Veranstaltung der Kulturgruppe am 3. Juni aufmerksam zu machen. Es erwartet Sie eine spannende Führung durch das Spalentor mit dem Vorgesetzten der ehrenwerten Vorstadtgesellschaft zur Krähe. Im Anschluss gibt es ein Apéro, bei dem Sie die Gelegenheit für tiefe Gespräche haben. Treffpunkt ist 18.30 Uhr beim Spalentor. Brigitte Gysin nimmt ihre Anmeldungen bis zum 26. Mai entgegen und steht für Fragen zur Verfügung.

Neue Vorstösse bis 12 Uhr

Diesen Freitag wird bereits das Geschäftsverzeichnis Juni verschickt. Vorstösse, die bis um 12 Uhr beim Ratssekretariat abgegeben werden, können noch abgedruckt werden. Bitte die Vorstösse als Worddokument auch per E-Mail an parlamentsdienst@basel.ch senden.

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen damit zu Traktandum 47.

Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, ihrem Beschlussantrag zu folgen. Die Kommissionsminderheit hat einen eigenen Beschlussantrag vorgelegt und beantragt, diesem zu folgen.

Wir werden die Beratung nochmals genau gleich wie am 22. April durchführen, das heisst, die Diskussion ist frei und sämtliche Anträge müssen neu gestellt werden. Entsprechend werden wir eine Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1, Lohngesetz inklusive Lohn tabellen, für die Mehrheits- und die Minderheitsanträge durchführen und diese danach in einer Abstimmung gegenüberstellen. Für den Grossratsbeschluss 2, Finanzielle Mittel, führen wir die Beratung anhand des obsiegenden Antrags beim Lohngesetz, Grossratsbeschluss 1, durch und werden die Änderungsanträge dazu zur Abstimmung bringen.

Für die Kommissionsmehrheit der Abgabe- und Wirtschaftskommission hat Luca Urgese das Wort.

Luca Urgese (FDP): Lohnmassnahmenpaket, die zweite. Wer hätte gedacht, dass wir so schnell wieder hier sitzen, um über die Löhne des Staatspersonals zu diskutieren. Die Vorgeschichte dieser Wiederholung ist Ihnen bestens bekannt, deshalb möchte ich darauf nicht mehr eingehen. Nur so viel, ich möchte Ihnen danken, dass Sie einer Aufhebung der unrechtmässig zustande gekommenen Beschlüsse rasch und unkompliziert zugestimmt haben. Wir alle haben ein Interesse daran, dass die Beschlüsse in diesem Gremium gemäss den rechtlichen Grundlagen korrekt erfolgen und auch den tatsächlichen Willen



unseres Rats abbilden. Ich denke, es ist in unser aller Sinn, wenn wir die dreistündige Debatte vom April nicht wiederholen. Deshalb werde ich mich darauf beschränken, in wenigen Stichworten die Elemente des Vorschlags der Kommissionsmehrheit zusammenzufassen.

Sie erinnern sich, dieser Vorschlag umfasst neun Elemente. Drei Elemente, bei denen Mehrheit und Minderheit mit dem Regierungsrat einig sind. Erstens, die Aufhebung des degressiven Teuerungsausgleichs. Zweitens, die zusätzliche Erfahrungsstufe für die Mitarbeitenden der Kantons- und Kriminalpolizei und drittens, die Erhöhung der Ausbildungslöhne bei der Kantonspolizei. Dann drei Elemente, wo die Kommissionsmehrheit Anpassungen vorgenommen hat. Erstens, die Erhöhung der Einstiegslohne. Wir sind der Auffassung, dass bei einer Lohnerhöhung für die Hälfte des Staatspersonals nicht mehr von Einstiegslohnen gesprochen werden kann. Die Mehrheit will die Lohnerhöhungen auf die Stufen A bis 5 beschränken statt wie vom Regierungsrat vorgeschlagen für die Stufen A bis 11. Zweitens, die Erhöhung der Geldzulagen. Die Mehrheit will ebenfalls eine Erhöhung, aber um einen Viertel statt einem Drittel. Auch das ist klar über Schweizer Durchschnitt und damit eine angemessene Würdigung der besonderen Belastungen, die Schichtberufe mit sich bringen. Drittens, der Lohnzuschlag zum Ausgleich von temporären Einkommenseinbussen. Durch die Anpassungen der Mehrheit ist ein betragsmässig höherer Ausgleich von temporären Einkommenseinbussen notwendig, damit niemand mit diesem Paket weniger Lohn hat als heute. Dieser Ausgleich beträgt gemäss Auskunft des Regierungsrates 4.3 Mio. Franken.

Und schliesslich drei von der Kommissionsmehrheit neu eingefügte Elemente. Erstens, eine Anpassung der Ausbildungslöhne von Quereinsteigern, damit Quereinsteiger nicht mit empfindlichen Lohneinbussen konfrontiert sind, die sie davon abhalten, den Beruf zu wechseln. Der Betrag hierfür beträgt 3.2 Mio. Franken. Der Änderungsantrag des Regierungsrates hierzu liegt Ihnen vor. Zweitens eine Konkurrenzklausel im Personalgesetz, welche den Regierungsrat dazu verpflichtet, darauf zu achten, dass es nicht zu einer systemischen Besserstellung des Staatspersonals gegenüber der Privatwirtschaft kommt und drittens, die Einführung einer neuen Aussendienstzulage, mit der die besonderen Risiken und Gefahren der Polizistinnen und Polizisten im Aussendienst, die es bei anderen Berufen so nicht gibt, besonders gewürdigt werden sollen.

Auch mit dem Vorschlag der Kommissionsmehrheit erhält ein substanzieller Teil der Staatsangestellten mehr Lohn als bisher. Das umfasst alle Blaulichtorganisationen inklusive Feuerwehr und Sanität und alle Schichtberufe wie Tram- und Buschauffeure oder die Mitarbeitenden der Stadtreinigung. Wir sind überzeugt, dass der stärkere Fokus auf die Kantonspolizei nicht nur richtig, sondern auch notwendig ist, um Sicherheit und Ordnung in unserem Kanton auch in Zukunft aufrechterhalten zu können.

Ich beantrage Ihnen somit im Namen der Kommissionsmehrheit, dem Antrag der Mehrheit zu folgen inklusive dem Änderungsantrag des Regierungsrates betreffend Ausbildungslöhne von Quereinsteigern. Gleichzeitig beantragen wir Ihnen, die Motion Messerli/Hug betreffend Lohnerhöhung für die Kantonspolizei und den Anzug Hug/Christ betreffend Schicht- und Wochenenddienst als erledigt abzuschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für die Kommissionsminderheit der WAK hat Pascal Pfister das Wort.

Pascal Pfister (SP): Auch ich werde mich einigermaßen kurz halten, aber doch noch einmal in Erinnerung rufen, um was es hier geht und wieso ich Ihnen im Namen der Minderheit der WAK beantrage, unserem Antrag zu folgen.

Zunächst, wieso hat man dieses Lohnpaket gemacht? Der Anfang, und das zeigen ja auch die Motionen aus dem Grossen Rat, waren die Probleme bei der Polizei. Hier gab es einen Unterbestand und das führt zu einer Negativspirale. Der Bestand bei der Polizei ist deutlich angestiegen und aus einer der Gründe wurde der Lohn ausgemacht. Deshalb wurde ja auch die Arbeitsmarktzulage gesprochen und danach soll die jetzt eben abgelöst werden.

Ich habe das letzte Mal schon gesagt, gouverner, c'est prévoir, man hat diese Gelegenheit genutzt, jetzt zu handeln, bevor Probleme entstehen in den anderen Bereichen des Staates. Es gibt natürlich auch andere Bereiche, die potenziell vor Herausforderungen stehen, die Probleme haben werden, Leute zu finden oder schon jetzt Probleme haben, aber noch nicht so akzentuiert wie bei der Polizei, aber es geht eben darum, jetzt zu handeln. Darum macht es Sinn, jetzt dieses Paket zu sprechen, auch wenn noch kein Unterbestand besteht. Das ist eben sinnvoll, dass man vorher handelt.

Man hat dann analysiert, wo besteht ein Nachteil, wo gibt es diese Möglichkeit, dass es Probleme gibt, und hat festgestellt, das ist bei den Einstiegslohnen und hat entsprechend gehandelt. Man hat dann, das hat Luca Urgese schon angesprochen, auch bei den Schichtzulagen gehandelt. Insgesamt wurde uns ein austariertes Paket vorgelegt, vom FD, JSD und Sozialpartnern ausgehandelt. Die Minderheit war der Meinung, dass das ein gutes Paket ist, das die verschiedenen Interessen berücksichtigt und zielgerichtet ausgerichtet ist. So weit, so gut. Ich stelle nun aber fest, dass es offenbar auch bei dieser Vorlage ein Finish der Wirtschaftsverbände braucht.



Inhaltlich zu dieser Anpassung der Mehrheit möchte ich kurz noch etwas sagen. Bei der Aussendienstzulage, die neu eingeführt wurde, sehen wir eine Gefahr, dass wir zurück auf Feld 1 kommen. Bei der Einführung der Arbeitszulage, die hat einerseits zu Entlastungen geführt, aber bei einem Teil der Polizist*innen eben auch zu einem negativen Gefühl, weil nicht alle gleichbehandelt wurden und damit, wenn man das jetzt wiederholt, gefährdet man ein bisschen das Ziel dieser Vorlage.

Zur Kürzung bei den Schichtarbeiten. Das ist für mich und für uns unverständlich, sowohl sachlich als auch finanziell, wenn man sieht, was damit eingespart wird. Das können wir in dem Sinn nicht nachvollziehen, wir hätten uns mehr Goodwill gegenüber den anderen Schichtarbeitenden gewünscht.

Dann komme ich noch zur Konkurrenzklause, das wurde in der letzten Debatte auch mehrfach aufgebracht. Die finden wir demokratiepolitisch fragwürdig. Es kann nicht sein, dass privat verhandelte Arbeitsbedingungen in der Sozialpartnerschaft massgebend sind für die Arbeitsbedingungen, die wir hier beim Kanton beschliessen.

Diese letzte Änderung der Mehrheit, die passt aber dazu, dass die Wirtschaftsverbände den bürgerlichen Parlamentariern gerne sehr präzise Stimmempfehlungen geben. Ich möchte an dieser Stelle doch auch nochmal das betonen, das Hexentreiben gegen Personen, die in ihrem Stimmverhalten, sei es bewusst oder unbewusst, durch ein Missgeschick abweichen, finde ich eine sehr ungute Entwicklung. Ich sage das als jemand, der auch schon von der Meinung seiner Fraktion abgewichen ist. Das ist mein Recht als Parlamentarier und ich hätte mir mein Stimmverhalten weder direkt noch indirekt von irgendjemandem diktieren lassen.

In diesem Sinne danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit und bitte Ihnen, dem Antrag der Minderheit zu folgen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat die Vorsteherin des Finanzdepartementes, Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat hat ein Lohnmassnahmenpaket vorgelegt, welches er Ihnen heute wieder zur Abstimmung, zum Beschluss empfiehlt. Wir halten daran fest und es gibt drei Punkte, die wichtig sind. Der Handlungsbedarf ist unbestritten, der Personalunterbestand bei der Kantonspolizei ist der erste Punkt, ich glaube, das ist nicht bestritten, der zweite ist, dass die Schichtberufe zusehends an Attraktivität verlieren, und der dritte ist, die Einstiegsgehälter sind zu tief. Und diese drei Punkte haben wir im Lohnmassnahmenpaket vorgelegt. Es ist eingebettet, die Massnahmen hängen voneinander ab. Es ist schwierig, wenn Sie an einer Schraube drehen.

Wenn Sie sagen, die Anpassung der Lohnkurve, ja, das ist der Kern, das seien nicht mehr Einstiegsgehälter bis Lohnstufe 11, dann muss ich Ihnen sagen, wir haben 31 Stufen, 11 ist nicht mal die Hälfte. Und ja, es profitieren viele, es sind 47%, aber es sind auch die Einstiegsgehälter, wo wir wirklich Schwierigkeiten haben, wo die Fluktuation sehr gross ist, wo der Kanton unattraktiv ist. Und das andere sind die Schichtberufe. Daher haben wir die Geldzulagen für alle erhöht, weil wir dort überall eine Schwierigkeit haben mit der Attraktivität.

Sie kennen die Massnahmen, Sie kennen die Forderungen der Mehrheit. Ich kann Ihnen sagen, der grosse Unterschied ist, Sie haben recht, es wird mehr Geld zur Kantonspolizei verschoben, ich habe das nochmal ausrechnen lassen. Mit dem Lohnmassnahmenpaket der Regierung sind es rund 35%, welches nur für die Kantonspolizei ist, also ohne Rettung, Feuerwehr, und bei der Mehrheit sind das 50%. Ja, es gibt mehr Geld, das stimmt. Was Sie aber auch erreichen, ist mehr Unzufriedenheit, sie schaffen mehr Ungleichheit. Sie schaffen Ungleichheit zwischen den Schichtarbeitenden, das heisst, die anderen Schichtarbeitenden im Kanton kommen schlechter weg, und mit der Aussendienstzulage schaffen Sie noch Unzufriedenheit innerhalb der Kantonspolizei selbst.

Ich schätze, wenn Sie heute bestimmen, dass wir der Mehrheit folgen sollen, dass wir in Zukunft wieder darüber reden werden, weil es gibt etwas, was Mitarbeitende nicht gerne haben, und das ist, wenn Sie den Eindruck haben, sie sind ungerecht behandelt worden. Das ist für mich das Hauptargument gegen den Vorschlag der WAK-Mehrheit. Sie schaffen hier Ungerechtigkeiten. Das ist der Grund, warum wir auch so lange hatten, dieses Paket abzustimmen, aufeinander abzustimmen, damit wir nachher eine nachhaltige Lösung haben, wo alle in unserem Kanton, die Mitarbeitenden sagen können, das ist jetzt fair. Das befürchte ich, werden wir mit der WAK-Mehrheit nicht haben.

Ich gebe Ihnen nur noch ein anderes Beispiel, Ausbildungslöhne, Monopolberufe. Ja, die WAK-Mehrheit will hier noch mehr schaffen. Sie möchte hier auch die Stufen anpassen und sie möchte das an der bisherigen Berufserfahrung ausrichten. Das mag ja sinnvoll sein, aber wir haben schon eine Lohnklasse gegeben, das heisst, wir machen jetzt eine Lohnklasse mehr von 10 ins 11 und dann noch die Erfahrungsstufen, dann wird die Verhältnismässigkeit noch ungleicher. Das hätte man einbetten müssen, wir haben Ihnen immer gesagt, weisen Sie es uns zurück, damit wir eine Gesamtlösung machen können. Ich sage nicht, dass einzelne Massnahmen nicht sinnvoll sein könnten, vielleicht wäre die Aussendienstzulage irgendwo auch sinnvoll, das hätte man aber zuerst mit dem JSD genau anschauen müssen. Ist das sinnvoll und wie machen wir das, wir hätten die Zeit gebraucht, das anzuschauen, wie passt das zusammen. Das können wir jetzt nicht, Sie geben uns heute hier einfach,



wenn Sie das machen, den Auftrag, schaut mal. Ich möchte Ihnen hier einfach mitgeben, ich kann nicht garantieren, dass wir das zur Zufriedenheit aller schaffen, auch nicht zur Zufriedenheit aller Kantonspolizisten und Kantonspolizistinnen und das ist mir wichtig, dass Sie das wissen, wenn Sie heute abstimmen.

Daher bitte ich Sie nochmals im Namen des Regierungsrates, dass Sie heute dem Lohnmassnahmenpaket der Regierung und der Minderheit, welche das unterstützt, zustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine Fraktionssprechenden eingetragen. Als Einzelsprecher gemeldet hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich rede nachher nicht mehr, aber zu dieser Sache möchte ich mich äussern, weil ich in der ganzen Schweiz zu dieser Sache angesprochen wurde von Leuten, die sich sonst nicht für die Kantonspolitik von Basel-Stadt interessieren. Ich möchte das einfach betonen. Ich möchte über den Hintergrund reden, ich möchte eine Einordnung und eine Analyse machen, was da in den letzten fünf Wochen passiert ist. Andrea Strahm hat richtig gesagt und Herr Pfister hat ja auch zu dieser Sache gesprochen, der ganze Hass wird nun abgelagert auf Sandra Bothe-Wenk. Ich sehe das genauso und darum sage ich, kommen Sie hierher ans Mikrofon und sagen Sie, ich bekenne mich schuldig. Denn in der ganzen Schweiz werden wir belacht. Und ich will wissen, und das darf ich fragen, wer von ausserhalb abgestimmt hat und das ohne Bild. Ich will Sie hier nicht langweilen, aber Sie haben es ja alle in den Medien gelesen.

Ich stimme mit den Bürgerlichen und ich möchte das auch begründen. Es kann nicht sein, dass Sie als Kantonsangestellte Ihren Lohn selbst erhöhen. Morgen steht in der Basler Zeitung, die Kantonsangestellten erhöhen sich den Lohn selbst. Herr Sieber von der GLP hat richtig gesagt in der Basellandschaftliche Zeitung von gestern, er enthält sich, weil er beim Kanton angestellt ist. Ich weiss es nicht, aber er enthält sich. Und ich möchte wirklich bitten, die, die Kantonsangestellte sind, dass Sie sich bei dieser Abstimmung enthalten. Alles andere ist unanständig und in der Zeitung steht dann, und wir machen uns lächerlich, sie erhöhen sich den Lohn selbst. Und das stimmt. In anderen Parlamenten dürften Sie gar nicht da sein als Kantonsangestellte, wenn Sie beim Land oder beim Kanton oder im Bundesland oder in einem Kanton arbeiten. Aber hier dürfen Sie es noch in Basel. Also ich möchte Sie bitten, dass Sie sich der Stimme enthalten, die, die beim Kanton arbeiten und sich den Lohn nicht selber erhöhen.

Ich komme zum Schluss. Entweder war es Melanie Eberhard, Heidi Mück, Lea Wirz oder Georg Mattmüller.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Herr Weber, ich bitte Sie, nicht Namen zu nennen. Es geht hier einfach um die Sache, es geht nicht um die letzte Sitzung, Sie können sich zum Thema äussern, aber nicht weiter persönlich werden.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber wissen Sie, Frau Präsidentin, in der ganzen Medienwelt ist das seit fünf Wochen ein Thema und ich habe jetzt die vier Leute genannt und es können nur die vier Leute sein und ich finde das einfach schade, dass man nicht den Mut hat und hierherkommt und sagt...

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Herr Weber, ich bitte Sie, nicht auf die letzte Sitzung hinzuweisen, sondern Sie haben jetzt die Gelegenheit, über das Thema zu sprechen, ohne Namen.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bitte darum um Rückweisung, ich bitte auch um Nichteintreten. Ich beantrage als Grossrat und Präsident meiner Partei, Rückweisung an die Regierung und ich beantrage Nichteintreten und ich beantrage an die lieben Grossräte, die beim Kanton Basel-Stadt arbeiten, die einen 13. und einen 14. Monatslohn haben, bitte treten Sie in den Ausstand und enthalten sich bei der Abstimmung. Herr Sieber hat gross angekündigt, er wird sich bei dieser Abstimmung enthalten.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Herr Weber, das war der erste Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin fertig, ich gehe jetzt nach Hause, aber ich wollte das einfach sagen und ich bin gespannt auf diese Abstimmung. Es ist wirklich traurig.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hätte nochmals die Vorsteherin des Finanzdepartementes. Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet. Für die Kommissionsminderheit, Pascal Pfister verzichtet ebenfalls. Luca Urgese hat für die Kommissionsmehrheit das Wort.

Luca Urgese (FDP): Nur ganz kurz zu wenigen Dingen. Regierungsrätin Tanja Soland hat nochmals zum Thema Einstiegsgehälter etwas gesagt. Ich möchte es einfach nochmals unterstreichen, 50% des Staatspersonals profitieren in der Variante des Regierungsrates. Wir haben nicht 50% Berufseinsteiger beim Kanton. Und dann diese Ungleichheit bei den Schichtzulagen, das wäre eine Ungleichbehandlung. Wir haben schon heute unterschiedliche Zulagen für unterschiedliche Situationen. Wir entschädigen Nacharbeit, Sonntagsarbeit, Pikettdienst, Präsenzdienst, Stellvertretung, etc. und das nicht immer mit dem gleichen Betrag, sondern mit unterschiedlichen Beträgen. Und selbst innerhalb der Zulagen machen wir Unterschiede. Die Nachtbereitschaftszulage beträgt 5.30 Franken, ausser bei der Berufsfeuerwehr, dort beträgt sie 6.40 Franken. Also wir machen schon heute Unterschiede.

Und etwas, was der Minderheitssprecher gesagt hat, möchte ich schon nicht unwidersprochen stehen lassen. Er hat gesagt, dass seitens der Wirtschaftsverbände grosser Druck auf Abweichler ausgeübt werde. In diesem Geschäft hat vor allem ein Verband grossen Druck ausgeübt. Das ist die AGSt, das ist die Arbeitsgemeinschaft der baselstädtischen Staatspersonalverbände, die hat so Druck gemacht, dass sogar während laufender Kommissionsberatung wir ein Schreiben erhalten haben, ich habe das das letzte Mal gesagt, wo der Vorwurf geäussert wurde, wir würden das Geschäft bewusst verzögern. Dieser Druck kam nicht von den Wirtschaftsverbänden, dieser Druck kam vom Staatspersonalverband. Und ich glaube, man kann sagen, bei Geschäften, die grosse Aufmerksamkeit haben, liegt der Druck auf beiden Seiten. Also ich habe nicht den Eindruck, dass bei solchen Geschäften der Druck auf linke Ratsmitglieder kleiner wäre, als das bei den anderen Ratsmitgliedern der Fall ist. Das möchte ich schon festgehalten haben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Eintreten wurde bestritten durch Eric Weber. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer auf das Geschäft eintreten will, stimmt JA, wer nicht eintreten will, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008969, 20.05.26 09:26:28]

Der Grosse Rat beschliesst

Auf das Geschäft einzutreten.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie sind mit 96 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung auf das Geschäft eingetreten.

Rückweisung wurde ebenfalls von Eric Weber beantragt. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer den Bericht an den Regierungsrat zurückweisen will, stimmt JA, wer nicht zurückweisen will, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

3 Ja, 94 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008971, 20.05.26 09:27:13]



Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 3 Ja-Stimmen gegen 94 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung das Geschäft nicht zurückgewiesen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1 der Kommissionsmehrheit (Seite 29 des Berichts)

Lohngesetz

Titel und Ingress

I. Änderung Lohngesetz

§ 8

Abs. 2bis (neu)

§ 15a (geändert)

Abs. 1 bis 4

§ 22

Abs. 2 (aufgehoben)

Anhänge

Anhang 164.100.2

Anhang 2 Stufenverlauf (geändert)

II. Änderung anderer Erlasse

Das Personalgesetz wird wie folgt geändert:

§ 5 Abs. 2 lit. h (neu)

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung.

Somit ist die Detailberatung des Mehrheitsantrags abgeschlossen. Wir führen nun die Detailberatung des Minderheitsantrags durch.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1 der Kommissionsminderheit, Lohntabelle ab 2026 (Seite 42 des Berichts)

Lohngesetz

Titel und Ingress

I. Änderung Lohngesetz

§ 22

Abs. 2 (aufgehoben)

Anhänge

Anhang 164.100.2

Anhang 2 Stufenverlauf (geändert)

Hier gibt es einen Änderungsantrag des Regierungsrats, er fordert in der Tabelle Stufenverlauf «gültig ab 1. Januar 2026» zu streichen.

Wir eröffnen dazu die Debatte. Das Wort hat die Vorsteherin des Finanzdepartements, Regierungsrätin Tanja Soland. Sie verzichtet. Für die Kommissionsminderheit das Wort hat Pascal Pfister. Er verzichtet auch, auch die Kommissionsmehrheit verzichtet. Ich habe keine Fraktionssprechenden eingetragen, auch keine Einzelvoten. Dann kommen wir zur Abstimmung. Es geht hier um einen Änderungsantrag, der noch nicht zurückgezogen wurde.



Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008973, 20.05.26 09:30:56]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 96 Ja-Stimmen gegen keine Nein-Stimme und einer Enthaltung dem Änderungsantrag zugestimmt.

II. 2 Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Hier gibt es einen Änderungsantrag des Regierungsrats. Er beantragt den Zeitpunkt des Inkrafttretens bestimmen zu können.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir machen einen Unterbruch. Wir werden noch das Geschäftsreglement durchgehen und werden Sie, sobald wir das geklärt haben, wieder in den Saal zurückrufen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Geschäftsordnung nochmals geprüft und ich kann Ihnen versichern, es steht klar und deutlich, es muss gleichen Tages der dritte Ordnungsruf sein, dass das entsprechende Mitglied den Saal verlassen muss. Entsprechend bleibt es so, wie es ist und wir fahren mit Traktandum 47 weiter.

Wir eröffnen also weiterhin die Debatte. Frau Regierungsrätin Tanja Soland, wünschen Sie das Wort? Sie verzichtet. Herr Pfister für die Minderheit, ebenso für die Mehrheit. Wir kommen damit zur Abstimmung zum Änderungsantrag.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008975, 20.05.26 09:40:49]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben dem Änderungsantrag mit 96 Ja-Stimmen gegen keine Nein-Stimme ei einer Enthaltung zugestimmt.



Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1 der Kommissionsminderheit, Lohntabelle ab 2027 (Seite 45 des Berichts)

Lohngesetz

Titel und Ingress

I. Änderung Lohngesetz

Anhänge

Anhang 164.100.2

Anhang 2 Stufenverlauf (geändert)

II. Änderung anderer Erlasse

III Aufhebung anderer Erlasse

IV. 4 Schlussbestimmung

Die Detailberatung der beiden Anträge ist nun abgeschlossen. Wir stimmen nun ab, welche der beiden Anträge Sie vorziehen und führen danach die Schlussabstimmung durch. Wir kommen damit zur Abstimmung über die Variante Mehrheit oder Minderheit.

Abstimmung

JA heisst Variante Mehrheit, NEIN heisst Variante Minderheit.

Ergebnis der Abstimmung (Stichentscheid des Präsidenten)

50 Ja, 49 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008977, 20.05.26 09:42:51]

Der Grosse Rat beschliesst

mit der Variante der Kommissionsmehrheit weiter zu fahren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 50 Ja-Stimmen gegen 49 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung der Variante der Mehrheit zugestimmt.

Schlussabstimmung 1

Lohngesetz und Lohntabelle

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 8 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008979, 20.05.26 09:43:42]

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Lohngesetz (LG) vom 18. Januar 1995 (Stand 13. Februar 2025) wird wie folgt geändert:

§ 8 Abs. 2bis (neu)



2bis Bei Stellen, die den Charakter eines Monopolberufes haben, die eine Vollzeitausbildung beim Kanton erfordern und die eine zuvor abgeschlossene Ausbildung voraussetzen, wird eine allfällige bisherige Berufserfahrung angemessen angerechnet.

§ 15a (geändert)

1 Der Regierungsrat gewährt Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kantonspolizei, die Aussendienst leisten, eine Aussendienstzulage.

2 Weitere Zulagen werden vom Regierungsrat nur unter der Voraussetzung gewährt, dass sie mit den Erkenntnissen und Ergebnissen der Arbeitsbewertung nicht in Widerspruch stehen.

3 Diese Zulagen werden unter Berücksichtigung der Teuerungsentwicklung periodisch angepasst.

4 Der Regierungsrat erlässt in einer Verordnung die notwendigen Bestimmungen.

§ 22 Abs. 2 (aufgehoben)

2 Aufgehoben.

Anhänge

Anhang 164.100.2: Anhang 2 Stufenverlauf (**geändert**)

II. Änderung anderer Erlasse

Das Personalgesetz vom 17. November 1999[2] (Stand 15. Juni 2025) wird wie folgt geändert:

§ 5 Abs. 2 lit. h) (neu)

h) so ausgestaltet werden, dass es bei einer gesamtheitlichen Betrachtung der Anstellungsbedingungen (z.B. Lohnnebenleistungen, Vorsorgeleistungen) nicht zu einer systemischen Besserstellung gegenüber der Privatwirtschaft, insbesondere den KMU, kommt.

III. Aufhebung anderer Erlasse Keine Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 90 Ja-Stimmen gegen keine Nein-Stimme bei 8 Enthaltungen der Kommissionsmehrheit zugestimmt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 2 betreffend den Kosten der Kommissionsmehrheit (Seite 32 des Berichts)

Titel und Ingress

Abs. 1 Bewilligung der Gesamtausgaben

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrats vor. Er beantragt 22'325'000 Franken.

Wir eröffnen auch hier die Debatte. Frau Regierungsrätin, wünschen Sie das Wort? Sie verzichtet. Wünscht die Minderheit das Wort? Sie verzichtet. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

98 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008981, 20.05.26 09:45:00]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Änderungsantrag zuzustimmen.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 98 Ja-Stimmen gegen keine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung dem Antrag des Regierungsrats zugestimmt.

Im Grossratsbeschluss sind bei den verschiedenen Alineas jeweils Klammerbemerkungen angegeben. Der Regierungsrat hat mit seinem Änderungsantrag mitgeteilt, dass diese Klammerbemerkungen gestrichen werden sollen. Bei der Debatte im April teilte die Finanzdirektorin jedoch mit, auf diesen Antrag zu verzichten. Entsprechend frage ich die Finanzdirektorin an, ob sie wiederum auf diese Streichung verzichtet. Wir würden uns darum acht Abstimmungen ersparen. Sie stimmt zu.

Alinea 1 bis 8

Der Regierungsrat beantragt eine neue Alinea 9 mit Ausgaben von 3'200'000 Franken für die angemessene Anrechnung von bisheriger Berufserfahrung bei der Entlohnung von Ausbildungsstellen. Der entsprechende Antrag liegt Ihnen schriftlich vor.

Wir eröffnen auch hier die Debatte. Die Finanzdirektorin verzichtet. Für die WAK-Mehrheit, Luca Urgese verzichtet. Für die Minderheit, Pascal Pfister verzichtet ebenfalls. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008983, 20.05.26 09:46:47]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben dem Antrag mit 96 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme und keiner Enthaltung zugestimmt.

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 8 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008984, 20.05.26 09:47:28]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Umsetzung der Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie zur Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei werden Ausgaben von Fr. 22'325'000 bewilligt.

Diese Ausgaben teilen sich wie folgt auf:

- Fr. 7'800'000 wiederkehrende Ausgaben ab 2027 (für 2026 Fr. 3'900'000) für die Finanzierung der Mehrkosten aufgrund der Anpassung der Lohnkurve zu Lasten der Erfolgsrechnung des Finanzdepartements.

- Fr. 700'000 wiederkehrende Ausgaben ab 2027 (für 2026 Fr. 350'000) für die Finanzierung der Mehrkosten für die Finanzierung der aufgrund der Anpassung der Lohnkurve erhöhten Staatsbeiträge Kinderbetreuung zu Lasten der Erfolgsrechnung des Erziehungsdepartements (Dienststelle Jugend, Familie und Sport).



- Fr. 500'000 wiederkehrende Ausgaben ab 2027 (für 2026 Fr. 250'000) für die Finanzierung der Mehrkosten infolge Aufhebung der Degression beim Teuerungsausgleich zu Lasten der Erfolgsrechnung des Finanzdepartements.
- Fr. 2'325'000 wiederkehrende Ausgaben ab 2027 (für 2026 Fr. 1'162'500) für die Erhöhung der Geldzulagen für Nacht-, Sonn-, Feiertags- und Pikettdienst gemäss §§ 23 bis 33 der Verordnung zur Arbeitszeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons Basel-Stadt vom 6. Juli 2024 (Arbeitszeitverordnung, AZV, SG 162.200) zu Lasten der Erfolgsrechnung des Kantons Basel-Stadt.
- Fr. 1'200'000 wiederkehrende Ausgaben ab 2027 (für 2026 Fr. 600'000) für die Ausrichtung einer Aussendienstzulage zu Lasten der Erfolgsrechnung des Justiz- und Sicherheitsdepartements.
- Fr. 1'600'000 wiederkehrende Ausgaben ab 2027 (für 2026 Fr. 800'000) für die Erhöhung der Einstufung ad personam der Mitarbeitenden der Kantonspolizei und der Kriminalpolizei auf Polizeistellen bis und mit Lohnklasse 16 um je eine Erfahrungsstufe zu Lasten der Erfolgsrechnung des Justiz- und Sicherheitsdepartements (Dienststelle Kantonspolizei).
- Fr. 700'000 wiederkehrende Ausgaben ab 2027 (für 2026 Fr. 350'000) für die Erhöhung der Ausbildungslöhne bei der Kantonspolizei zu Lasten der Erfolgsrechnung des Justiz- und Sicherheitsdepartements (Dienststelle Kantonspolizei).
- Fr. 4'300'000 einmalige Ausgaben für den Ausgleich verbleibender Einkommenseinbussen aufgrund des Wegfalls der Arbeitsmarktzulage zu Lasten der Erfolgsrechnung des Justiz- und Sicherheitsdepartements (Dienststelle Kantonspolizei).
- Fr. 3'200'000 für wiederkehrende Ausgaben für die angemessene Anrechnung von bisheriger Berufserfahrung bei der Entlohnung von Ausbildungsstellen, die Monopolberufe betreffen, die eine Vollzeitausbildung beim Kanton erfordern und dafür eine zuvor abgeschlossene Ausbildung voraussetzen, zu Lasten der Erfolgsrechnung des Justiz-, und Sicherheitsdepartements (Dienststelle Kantonspolizei, Rettung, Bevölkerungsdienste und Migration).

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 89 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei 8 Enthaltungen zugestimmt.

Die Motion Pascal Messerli und Michael Hug betreffend der Polizeiberuf muss in Basel-Stadt wieder attraktiv werden: Lohnerhöhung jetzt! sowie der Anzug Michael Hug und Tobias Christ betreffend Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Kantonsangestellte im Schicht- und Wochenendbetrieb wurden im April stillschweigend als erledigt erklärt. Ich gehe davon aus, dass dies nicht bestritten wird. Ich habe keine Wortmeldungen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Anzüge als erledigt abzuschreiben.

24. Anzug 9 Barbara Heer und Konsorten betreffend Beschleunigung der Wiederherstellung des öffentlichen Verkehrs rund um Kundgebungen

[20.05.26 09:48:31, 26.5113.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Pascal Messerli hat das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP bittet Sie, diesen Anzug und auch den nächsten Anzug nicht zu überweisen. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass diese beiden Anzüge natürlich zu einem geschickten Zeitpunkt von der linken Seite eingereicht werden. Man scheint sichtlich nervös zu sein und fürchtet eine grosse Zustimmung aus der Bevölkerung zur Anti-Chaoten-Initiative der SVP. Hier möchten wir aber auch ganz klarstellen, diese Anliegen aus den Anzügen hätte man auch konstruktiv in einem Gegenvorschlag zur Anti-Chaoten-Initiative einbringen können, insbesondere auch, weil die Anzugstellenden ja auch in der JSSK sind oder waren. Das wurde nicht gemacht, man hat dort eher den verlängernden Arm der Regierung



gespielt und wollte hier kein bisschen auch den Initianten der Anti-Chaoten-Initiative entgegenkommen und entsprechend ist auch die SVP-Fraktion hier nicht bereit, dem hier einfach so zuzustimmen.

Weil ein Punkt, um auf das Inhaltliche einzugehen, werden jetzt beide Anzugstellenden ja komplett ausblenden. Das Problem ist nicht die Koordination der BVB, das Problem ist nicht die Verkehrskoordination der Polizei, das Problem ist auch nicht die Kommunikation der Verwaltung, das Problem ist, dass wir viel zu viele nicht bewilligte Demonstrationen haben. Demonstrationen, bei denen die ganze Stadt lahmgelegt wird, bei denen die Bevölkerung Woche für Woche in der Innenstadt drangsaliert wird, Bevölkerungsgruppen, welche in keiner Art und Weise gewillt sind, mit den Behörden zu kommunizieren und in keiner Art und Weise gewillt sind, hier eine Routenplanung einzuhalten. Das ist zuerst einmal das Hauptproblem.

Da gibt es auch mehrere Beispiele. Das jüngste Beispiel war am Samstag vor einer Woche, es war wunderschönes Wetter, viele Menschen waren in der Stadt, es gab wieder eine Israel-Hass-Demo, man hat sogar wieder Hamas-Dreiecke gesehen. Für mich ist es unsäglich, dass so etwas in unserer Stadt überhaupt existieren darf. Viele Leute waren dann auf den öffentlichen Verkehr angewiesen und wollten auf das Tram gehen. Der öffentliche Verkehr ist in der ganzen Innenstadt wieder ausgefallen, insbesondere auch gehbehinderte Menschen konnten nicht aufs Tram gehen. Ich war auch in der Stadt mit meiner Freundin, ich habe mir dann ein Über gegönnt, weil ich dann nicht nach Hause laufen wollte. Und das ist das Problem, diese nicht bewilligten Demonstrationen, welche die ganze Innenstadt auch lahmlegen.

Ein anderes Beispiel war dieser Frauenstreiktag vor wenigen Jahren, da hat man mehrere Events bewilligt in der Innenstadt, das war ja auch völlig in Ordnung, trotzdem fand es eine kleinere Gruppe noch wichtiger, dass man jetzt über Stunden lang die Johanniterbrücke unbewilligt besetzen muss und auch hier wurde der Busverkehr über Stunden eingeschränkt und dann muss man halt einfach sagen, wenn die Demonstranten mit diesem Klamauk eine derartige Einschränkung provozieren, dann ist das Problem nicht die Wiederinbetriebnahme der BVB nach der Demo, sondern dann haben wir halt einfach das Problem, dass es zu viele nicht bewilligte Demonstrationen gibt.

Und Sie können und Sie haben auch in diesem Vorstoss jetzt Vergleiche gemacht zu Grossveranstaltungen wie beim Eurovision Song Contest oder auch bei Fussballspielen, ja, dort gibt es diese Events, aber die sind halt einfach auch alle bewilligt. Sämtliche Events beim ESC waren bewilligt, auch die Fussballspiele sind allesamt bewilligt, Fernmärsche gibt es selten, waren meines Wissens aber auch zumindest während der Frauen EM bewilligt und dort findet halt dann auch eine sinnvolle Koordination mit den Behörden, mit der Polizei, mit den Verkehrsbetrieben statt, aber das findet alles nicht statt, wenn die Demonstranten der nicht bewilligten Demonstrationen seit Jahren der Bevölkerung auf der Nase herumtanzen und hier einfach auch kein Zeichen gesetzt wird, dass man auch diese nicht bewilligten Demonstrationen halt einfach auch mal eindämmt.

Aus dem Grund ist die SVP-Fraktion der Meinung, dass wir hier diese Vorstösse nicht überweisen sollten, sondern wir hier das Problem ganz woanders ansetzen müssen und das kann nur in einem Jahr zur Anti-Chaoten-Initiative enden und ich kann wirklich nicht in Worte fassen, wie sehr ich mich auf diesen Abstimmungskampf freue.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als nächster Einzelsprecher eingetragen hat sich David Jenny.

David Jenny (FDP): Ja, wir bestreiten auch beide Anzüge. Da wird wirklich das Narrativ auf den Kopf gestellt und wenn man auf den Kopf stellen hört, dann denkt man natürlich als Linker an Friedrich Engels, der gesagt habe, Marx habe Hegel auf den Kopf gestellt und damit zu den Fakten, zum Sein zurückgekommen. Sie machen jetzt das Gegenteil, Sie haben irgendwelche hehre Ideen und ignorieren das Sein und das Sein ist mindestens teilweise sehr korrekt von meinem Vorredner beschrieben worden. Ich meine, Sie kehren einfach Ursache und Wirkung um. Dieser Frauenstreiktag, da wurde bewusst seit Jahren entschieden, keine Bewilligungen einzuholen, obwohl das keine Spontandemonstrationen sind. Auch beim angeblich so friedlichen 1. Mai wurde von einem guten Teil die bewilligte Route verlassen. Was hat mit dem die BVB zu tun?

Und ja, Versammlungsfreiheit ist ein Grundpfeiler. Sie reden aber hier immer nur über einen Teilaspekt, die Demonstrationen, und da gibt es eben auch Auflagen und die wollen Sie nie akzeptieren. In Ihrer Betrachtungsweise nebst der Versammlungsfreiheit haben immer alle anderen Grundrechte wie Wirtschaftsfreiheit, Eigentumsfreiheit, persönliche Freiheit zurückzutreten. Das ist nicht so und das sind wirklich zwei Wolf im Schafszug-Anzüge. Auch wenn einige dieser Forderungen vernünftig sind, die kann die BVB selber umsetzen oder die Polizei, sie braucht da diese Belehrungen nicht. Die tragen überhaupt nichts dazu bei, dass an einem Samstag auch normale Bürgerinnen und Bürger sich in der Stadt aufhalten können.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Einzelsprecherin ist Raffaella Hanauer.



Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Demokratie ist ein wichtiges Gut und demonstrieren gehört genauso zu unserem demokratischen System wie unsere Abstimmungen hier im Saal oder Abstimmungen der Stimmbevölkerung an der Urne, Referenden, Petitionen, Podien, Netzwerkanlässe, Informationsveranstaltungen, Mitwirkungsprozesse, Vorstösse, etc. Demonstrationen dienen der öffentlichen Meinungsbildung, dem politischen Ausdruck und der gesellschaftlichen Vernetzung zu politischen Anliegen. Und Demonstrationen sind auch Teil und Beweis für eine lebendige Demokratie. Und diese Demokratie, das wichtige und das noch lebendige wertvolle Gut, steht momentan stark international unter Druck. Umso wichtiger ist es, dass wir sie hochhalten und dass wir sie schätzen. Und wer Demokratie schätzt, der sollte daher auch Demonstrationen mit Wertschätzung begegnen.

Dieser Anzug und auch der nächste, diese nehmen genau diesen Weg, denn heute haben wir ein Wertschätzungsproblem bei Demonstrationen und dieses liegt auch darin, wie wir mit der Verkehrssituation umgehen, wenn eine Demonstration stattfindet. Heute sind aus Sicht des Verkehrs oder aus Sicht der Verkehrsteilnehmenden Demonstrationen eine Störung, ein Störfall, eine Betriebsstörung. Dies ist nicht gerade ein demokratiestärkender Gedankengang, eher sogar ein demokratiestörender Gedankengang. Es ist mir sehr wichtig, dass wir hier diesen Vorstoss wirklich auch überweisen. Wir haben bereits ähnliche Vorstösse überwiesen, ich erinnere an den Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten zur Entlastung der Innenstadt vom Tram-Verkehr. Diesen haben wir im April 2025 mit 70 Ja-Stimmen in diesem Saal überwiesen und ich hoffe doch sehr, dass auch die SVP Abkehr findet. Viel Hoffnung habe ich leider nicht, aber wer solche Wortwahlen in Volksinitiativen steckt, von Chaotikum spricht, der bedroht unsere Demokratie, der bedroht dieses wertvolle Gut.

Ich wünsche mir, dass wir hier die Low-Hanging Fruits auch im Verkehr ernten. Es gibt Möglichkeiten, das haben wir schon in der Forderung von Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten gesehen, dass wir hier auch verkehrsleitende Massnahmen, betriebliche Massnahmen und auch kleine infrastrukturelle Massnahmen noch machen können, um auch vielleicht dann mal den Gedankengang bei den Verkehrsteilnehmenden zu haben, dass man denkt, eine Demonstration in der Innenstadt, ich interessiere mich für das Thema, um was geht es da eigentlich, was wird im politischen Diskurs debattiert und ja, ich nehme die übliche Umfahrungsroute, ich weiss, mein Tram fährt dort und dort durch oder ich kann alternativ den Bus XY nehmen, so wie immer, wenn es zu Demonstrationen kommt.

Und hier die Verkehrsleitung von Demonstrationen mit der Thematik von Bewilligungen zu verbinden, finde ich auch demokratiepolitisch höchst fragwürdig. Wir hier haben es nicht in der Hand, wie die grosse Bevölkerung in unserer Region Demonstrationen organisiert. Das liegt nicht in unserer Macht, sondern es ist Teil der Demokratie, dass nicht alle die gleichen Wege wählen. Wir haben aber eine Verantwortung, dass wir Demonstrationen wirklich auch mit einer Wertschätzung begegnen und deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug zu überweisen im Namen meiner Fraktion.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Auch die Fraktion der SP bittet Sie natürlich, diesen Anzug zu unterstützen und zu überweisen. Auch ich möchte eher grundsätzlich anfangen, als jetzt schon auf einzelne Gruppen einzugehen.

Die Versammlungsfreiheit ist ein Grundrecht in jeder demokratischen Gesellschaft, das haben wir gehört, und wir müssen sehr vorsichtig sein, wenn wir über Demonstrationen, vor allem aus der Perspektive von Störungen oder Ärger und Verkehrsbehinderungen sprechen. Klar, auch wir finden blockierte Tramschienen und ausfallende Busse mühsam. Wer am Bahnhof strandet oder einen Termin verpasst oder mit Kindern oder Einkaufstaschen oder mit dem Rollator nicht mehr weiterkommt, der hat allen Grund, sich zu nerven. Aber wenn Grundrechte betroffen sind, dann ist Frust ein schlechter Ratgeber. Stattdessen sollten wir einen konstruktiven Beitrag leisten, um den Ärger über einzelne Unterbrüche des öffentlichen Verkehrs anzugehen, aber ohne Druck auf die Versammlungsfreiheit zu machen.

Genau deshalb bringen wir diesen Anzug bzw. diese beiden Anzüge. Sie verlangen weder Demonstrationen stärker einzuschränken noch Routen pauschal zu verbieten. Seine Kernpunkte sind vielmehr, wie können wir den öffentlichen Verkehr rund um Kundgebungen besser organisieren, wie können Sperrungen kürzer gehalten, Umleitungen schneller aktiviert und die Bevölkerung besser informiert werden. Andere Städte haben da bereits praxiserprobte Ansätze entwickelt. Beispielsweise liegen für zentrale Tramlinien vorbereitete Umleitung- und Ersatzbetriebskonzepte vor, bei grösseren Ereignissen gibt es eine etablierte Abstimmung zwischen den Verkehrsbetrieben und Polizei, Feuerwehr und Sanität. London zum Beispiel zeigt, dass eine institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Verkehrsbetrieben und Polizei sowie digitale Echtzeitinformationen helfen können, Einschränkungen besser zu bewältigen. Entscheidend dabei ist nicht, jede Kundgebung im Voraus perfekt zu planen, aber es ist wichtig, dass Abläufe vorbereitet, Zuständigkeiten geklärt und Informationen rasch für alle verfügbar sind.

Auch Basel hat ja viel Erfahrung mit Grossanlässen, Fasnacht, Fussballspiele und andere internationale Veranstaltungen. Diese Erfahrung könnten wir stärker auf Kundgebungen übertragen. Es muss auch künftig Demonstrationen geben dürfen und damit wird es auch weiterhin Nutzungskonflikte im Stadtraum geben. Wenn Polizei, Verkehrsbetriebe und Verwaltung



dafür klare Abläufe, vorbereitete Varianten und gemeinsame Auswertungen hätten, könnten wir viel davon von Anfang an entschärfen und den öffentlichen Verkehr so rasch wie möglich wieder stabilisieren.

Deshalb bitten wir Sie, den Anzug zu überweisen. Ich nehme die Zwischenfrage an.

Pascal Messerli (SVP): Lieber Jean-Luc Perret, Sie vergleichen jetzt Basel mit London, aber können Sie mir mal erklären, wo dann die Trams durchfahren sollten, wenn über Stunden lang die Innenstadt wegen unbewilligten Demonstrationen gesperrt ist?

Jean-Luc Perret (SP): Es gibt ja genügend Umfahrrouten, das sehen wir ja während der Fasnacht zum Beispiel und wenn wir das Tramnetz 2030 bauen, dann wird es noch viel besser.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (BastA): Auch ich werde zu beiden Anzügen sprechen. Vor rund zwei Wochen wurde der Bericht der JSSK zur SVP-Initiative veröffentlicht. Diese Initiative möchte die Grundrechte einschränken. Gleich wie der Regierungsrat sind wir in der Diskussion zum Schluss gekommen, das kann man im Bericht lesen, dass die Initiative grundrechtlich problematisch und kaum umsetzbar ist.

Die Versammlungsfreiheit ist ein zentrales Grundrecht und gehört zu einer lebendigen Demokratie. Kundgebungen sind dazu da, andere Menschen zu erreichen. Sie dürfen und sollen unangenehme Fragen aufwerfen und auch öffentlichen Raum einnehmen. Das gehört zur Demokratie. Wir haben aber auch erkannt, dass es gerade im Zusammenhang mit dem öffentlichen Verkehr ein gewisses Verbesserungspotenzial geben könnte. Die beiden Anzüge von Barbara Heer und Fleur Weibel zielen darauf ab, die Auswirkungen von Kundgebungen auf den ÖV zu minimieren, sowohl bei unbewilligten aber speziell auch bei bewilligten Kundgebungen und wir verstehen nicht ganz, wieso man da dagegen ist, Abläufe zu verbessern.

Ich möchte das erläutern an einem Beispiel, das ich selbst erlebt habe am 1. Mai. Ich war auf dem Weg zur Demonstration, selbstverständlich habe ich mich dazu rechtzeitig auf den Weg gemacht, ich war ca. 45 Minuten vor Demostart in Richtung Messeplatz unterwegs. Doch bereits dann wurde die Tramlinie nach der Dreirosenbrücke direkt via Klybeckstrasse abgekürzt. Informiert wurde auf der Dreirosenbrücke im Tram durch Durchsage, obwohl die Demonstration erst 45 Minuten später startet. Für mich war das nicht gross ein Problem, aber das Tram war voll auch mit anderen Leuten und mit zeitlich so langen Einschränkungen auf den Tramlinien werden die Auswirkungen von Kundgebungen auf den ÖV künstlich massiv vergrössert. Und ich verstehe den Unmut, wenn dadurch der ÖV länger behindert wird, als es überhaupt nötig ist.

Das ist nicht nötig und kann bzw. soll mit diesen Anzügen verbessert werden. Und auch die Fahrgastinformationen sind gerade bei bereits im Vorfeld bekannten Kundgebungen zu verbessern. Die vorgeschlagenen Massnahmen sind pragmatisch und im Gegensatz zur SVP-Initiative auch umsetzbar und grundrechtskonform und da verstehe ich das Genörgel, das Mimimi von der FDP, jetzt stellt man irgendetwas auf den Kopf, nicht ganz. Es geht doch schlicht darum zu schauen, wo gibt es Potenzial, um die Auswirkungen von Kundgebungen zu verringern, dass der ÖV weniger lang gestört ist oder dass die Personen, die auf den ÖV angewiesen sind, schon im Vorfeld darüber wissen, wie die Umleitungen geplant sind und nicht bei der Haltestelle, wo dann die Route geändert wird, erst darüber informiert werden.

Die Anzüge sorgen dafür, dass Kundgebungen ihre Wirkung entfalten können, während die Auswirkungen auf den ÖV minimiert werden. Ich hoffe doch sehr, dass auch Teile der Mitte-EVP, vielleicht sogar der LDP oder der FDP und noch ein paar Leute der GLP dafür sind. Es geht doch um ein Miteinander, nicht um einen Fingerzeig, ja, aber die anderen sollen. Es ist der ÖV, der zum Teil eingeschränkt ist durch Kundgebungen, das wissen wir alle, das ist auch kein Geheimnis und wir möchten jetzt darüber reden, wie wir diese Auswirkungen verringern können für all die Personen, die nicht an der Demonstration teilnehmen und auf den ÖV angewiesen sind. Vielen Dank für die Unterstützung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Diese wird angenommen.

Pascal Messerli (SVP): Lieber Nicola Goepfert, Sie haben jetzt mehrfach gesagt, die Anti-Chaoten-Initiative würde Grundrechte einschränken. Welches Grundrecht ist eingeschränkt, wenn Chaoten für Schäden zahlen? Gibt es ein Grundrecht auf Chaotentum, gibt es ein Grundrecht für Sachbeschädigung und gibt es ein Grundrecht auf Gewalt und Drohungen gegen Polizisten?



Nicola Goepfert (BastA): Es gibt die Grundrechte Versammlungsäusserungsfreiheit und Meinungsäusserungsfreiheit. Straftaten sind schon heute Straftaten und das soll so bleiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Ich finde schon, dass die Fronten bei dieser Thematik teilweise etwas eigentümlich verhärtet sind. Barbara Heers Anzug und auch der Darauffolgenden zielen ja darauf ab, ein Problem zu lindern und ich denke, da gäbe es durchaus gewisse Möglichkeiten, das sachlich zu prüfen. Wir alle haben doch ein Interesse daran, dass die Auswirkungen von Demonstrationen auf Nichtbeteiligte in Bezug auf den öffentlichen Verkehr, auf Sperrungen, Umleitungen möglichst klein sind und das sollte man doch sachlich prüfen können und deswegen ist diese Anzugsüberweisung auch richtig. Und nein, Pascal Messerli, wir haben keine Sekunde an diese Initiative gedacht, ich auch nicht. Ich muss ehrlich sagen, das hat hier wirklich keine Rolle gespielt.

Es ist so, dass es einfach immer wieder auffällt bei Demonstrationen, wie lange diese Störungen zum Teil sind respektive wie lange der öffentliche Verkehr nicht funktioniert. Es wurde jetzt schon ein Beispiel genannt am 1. Mai. Ich habe vorletzten Samstag etwas Beeindruckendes erlebt. Ich war auf einem Spaziergang von der Dreirosenbrücke zur Dreiländerbrücke und wollte dann auf dem Rückweg in Weil das Tram nehmen. Um Viertel vor drei Uhr war ich bei der Dreirosenbrücke, es kam die Ankündigung, das Tram wird wegen einer Demonstration umgeleitet. Gut, ich hatte dort mein Velo stehen und wollte es für einmal genau wissen. Also bin ich auf der ganzen Route des 8er lang gefahren mit dem Velo. Bis am Barfi bin ich auf keine Demonstration gestossen, am Bankverein war dann ein ziemlich mengenmässig sehr bescheidener Umzug mit vielleicht 150 Leuten. Und es wirkte völlig absurd, wegen einer solch kleinen Demonstration eine vollkommene Umleitung des ganzen öffentlichen Verkehrs in der Innenstadt quasi präventiv zu beschliessen, die dann lange anhielt. Ich denke, da gibt es Optimierungsbedarf.

Ich möchte hier keine Schuldzuweisung machen gegenüber irgendwie der Kantonspolizei oder gegenüber der BVB, natürlich regen sich die Leute dann sehr stark über Demonstrationen auf. Ich denke, man sollte hier einfach wirklich probieren zu schauen, wie kann man das besser klären, so dass die Störungen kleiner ausfallen, als das heute der Fall ist. Es kann doch nicht sein, das Demonstrationsrecht ist wichtig, aber es kann doch nicht sein, dass wegen eines Kleinstumzuges von 150 Leuten präventiv beschlossen wird, den ganzen öffentlichen Verkehr umzuleiten. Das ist unverhältnismässig und ich glaube, das wünscht sich auch jetzt nicht unbedingt jede Demonstrationsteilnehmerin und Demonstrationsteilnehmer, das würde ich jetzt nicht unterstellen. Es war jetzt eine Demonstration, für die ich jetzt nicht irgendwie besondere Sympathien habe, überhaupt nicht, aber ich denke, das sollte man wirklich sachlich abklären, wie man diese Prozesse optimieren kann, weil es ist ein Fakt, dass die Sperrungen zum Teil sehr lange ausfallen und zum Teil nicht immer ganz verständlich sind.

Deswegen bitte ich Sie, hier nicht über anderes zu entscheiden. Es geht in diesem Vorstoss nicht um die Frage, wie umfangreich soll die Versammlungsfreiheit sein, gibt es auch die Frage, wird das Demonstrationsrecht vielleicht von Menschen über Gebühr strapaziert, wenn man sehr viele Demonstrationen macht, auch unbewilligte, darum geht es in diesem Vorstoss explizit nicht, das ist hier drin ein strittiges Thema, sondern es geht wirklich um die Frage, wie können wir die Auswirkungen von Demonstrationen auf die Öffentlichkeit sonst lindern bei Umleitungen des öffentlichen Verkehrs und das sollte man doch bitte abklären. Das ist eine sachliche Frage und es gibt hier keinen Grund zu dieser ideologischen Härte.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Ich bin froh, dass Tim Cuénod jetzt differenziert hat, worum es hier geht. Die Kundgebungen sind ein Thema und ich glaube, es ist unbestritten, dass das auch ein Recht ist, was jeder hat, aber in diesen beiden Themen geht es eigentlich um Prozessoptimierungen bei der BVB und ich komme da nicht so hinweg, dass ich das Gefühl habe, dass da eine Annahme herrscht, dass die Leute nicht miteinander reden. Ich meine, ich kann es auch auf ein Fussballspiel beziehen, da muss ich auch zum Teil eine halbe Stunde warten, bis der Bus da ist. Alles, was kontrollierbar ist, alles, was ich da im Vorfeld weiss, das kann ich ohne weiteres entsprechend auch mitberücksichtigen, sofern es im klaren Kontext bleibt, wie man es einschätzen kann.

Wenn bei einer Demonstration, einer unbewilligten, da plötzlich Wege kreuzen, die den öffentlichen Verkehr beeinflussen, kann es genauso gut auch ein Unfall sein in der Güterstrasse. Wohin soll dann das Tram fahren? Wir haben beschränkte Schienen, wir haben Möglichkeiten, etwas mal irgendwo anders hinzuleiten, aber es braucht dort einen wirklich strukturierten Prozess, den man dort einschlagen kann. Und ich bin der Meinung, dass das eigentlich im ureigensten Interesse der BVB ist, dass sie hier ihre Fahrgäste so gut wie möglich bedienen. Und ich weigere mich da zu glauben, dass die



Blaulichtorganisationen hier keinen Einfluss nehmen. Man kann es an dem Beispiel sehen, wenn jetzt zum Beispiel ein Lieferwagen in ein Tram reinfährt, da sind die Informationen auch sehr rasch verfügbar. Ich hatte auch das Vergnügen, dass ich mal die Leitstelle anschauen durfte und sehen durfte, wie das bei der BVB funktioniert, wie die ganze Verkehrsplanung auch aufgebaut ist.

Also ich denke, jede Organisation, jeder Prozess hat einen Optimierungsbedarf, aber die Frage ist, muss das jetzt eine Aufgabe des Staats sein und wir sind hier ganz klar dagegen, dass der Staat hier sich einmischen soll, sondern dass man da im Prinzip sagt, es sind wirklich auch organisatorische Prozesse, die man hier optimieren oder hinterfragen kann. Soweit würde dann die LDP auch beide Anzüge ablehnen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich mache es ganz kurz. Ich glaube, man muss sich ein bisschen überlegen, jetzt sind wir hier ein bisschen verharmlosend und durch den Wind, das ist alles kein Problem, aber wenn man dann die Horden sieht, wir haben ein friedliches Fest auf dem Kasernenareal und dann kommt irgendeine Horde Wilde, die dann halt auch durch die Strassen zieht, um das so einfach ein bisschen miteinander reden wollen zu korrigieren. Ich glaube, da müssen wir schon ein bisschen anders beim Problem ansetzen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Das Schlusswort hat die Anzugstellerin Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Nicht ganz unerwartet ist diese Debatte von bürgerlicher und rechter Seite sehr emotional und grundsätzlich geführt worden. Dabei geht es doch hier wirklich um sehr praktische und pragmatische Fragen. Ja, tatsächlich, es geht hier einfach um Prozessoptimierung. Wir möchten mit diesen Vorstössen sicherstellen, dass die operativ zuständigen Behörden ihr Maximales tun, damit die Kund*innen des öffentlichen Verkehrs auch bei unvorgesehenen Ereignissen trotzdem bestens bedient werden.

Ja, es gibt diese Nutzungskonflikte zwischen Kundgebungen und dem öffentlichen Verkehr, da stehen Rechte gegenüber. Das Versammlungsfreiheitsrecht ist ein hohes Gut, die Mobilität ist aber ebenfalls wichtig. Und wir leben in einer dichten Stadt, in der auch sehr viel Verkehr ganz zentral durch die Stadt gehen muss, sehr viel Tramverkehr, das führt zu verschiedenen Nutzungskonflikten. Das ist eine Realität, ganz egal, wie Sie sich hier sicherheitspolitisch zu Demonstrationen positionieren. Wir möchten mit diesen Vorstössen auch wirklich genau eine verkehrspolitische Diskussion führen, weil wir überzeugt sind, dass es eine Realität ist, mit der diese Stadt zu leben hat, die verkehrspolitisch optimiert werden muss, und nicht falsche sicherheitspolitische Versprechungen seitens der Bürgerlichen und Rechten die Diskussion blockieren sollen.

Es ist ein Stück weit Augenwischerei, den Menschen zu versprechen, dass sich ÖV-Probleme in dieser Stadt lösen können durch Einschränkungen der Versammlungsfreiheit. Auch wenn die verfassungswidrige Anti-Chaoten-Initiative angenommen würde oder ein sowieso auch nicht umsetzbarer rechtlicher Gegenvorschlag, selbst dann gäbe es halt weiterhin unbewilligte Demonstrationen in dieser Stadt. Ein Teil davon ist übrigens legitim. Die Spontandemonstrationen fallen auch unter die Grundrechte. Dass ein grosser Teil der Bürgerlichen diese Vorstösse nicht unterstützt, hinterlässt hier grosse Fragen. Es scheint, Sie möchten vor allem den Ärger der Bevölkerung bewirtschaften, den Ärger vergrössern und instrumentalisieren, anstatt hier Hand geben für wirklich sehr pragmatische, reale Verbesserungsvorschläge.

Wir haben hier verschiedene Menschen im Kopf beim Schreiben der Vorstösse. Die Tram-Fahrerin, die in einer stressigen Situation arbeiten muss, ältere Menschen, die sich nicht gut informiert fühlen oder auch die Personen im Arbeitsleben, die den Zug zur Arbeit nicht verpassen möchten. Mit diesem Vorstoss möchten wir einfach sicherstellen, dass die zuständigen Behörden den Auftrag haben, trotz Demonstrationen sicherzustellen, dass sich Menschen in dieser Stadt einigermaßen gut bewegen können.

Wieso braucht es einen parlamentarischen Auftrag zur Prozessoptimierung? Schauen Sie sich mal die GPK-Berichte an. Wir wissen überall, dass die Zusammenarbeit über Departemente hinweg zwischen Behörden immer wieder mal schwierig ist. Das läuft nicht überall automatisch gut, deshalb ist es hier auch wichtig und richtig, dass wir hier den Behörden sagen, dieses Thema soll Priorität haben und prüft das bitte ausführlich im Rahmen dieser Vorstösse.

In diesem Sinne bitte Sie, die Vorstösse zu überweisen.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Pascal Messerli und weiteren. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung des Anzugs. NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 42 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008987, 20.05.26 10:20:28]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben den Anzug mit 49 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen überwiesen.

25. Anzug 10 Fleur Weibel und Konsorten betreffend bessere Fahrgastinformationen im öffentlichen Verkehr rund um Kundgebungen

[20.05.26 10:20:37, 26.5114.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Auch hier können wir anknüpfen an die Debatte, die Sie soeben durchgeführt haben zum vorherigen Anzug von Frau Heer. Wir bitten Sie auch bei diesem Anzug, ihn nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Auch hier können wir weitgehend auf die Debatte von vorher zurückgreifen. Wenn Sie die Anti-Chaoten-Initiative annehmen und mit uns gemeinsam dazu beitragen, dass es weniger Belästigungen durch Demonstrationen in der Innenstadt für die normale Bevölkerung und das Gewerbe gibt, für Menschen, die andere Bedürfnisse in der Innenstadt haben, dann löst sich auch das Problem betreffend den Fahrgastinformationen für die Basler Verkehrsbetriebe respektive für die Gäste, die die Basler Verkehrsbetriebe gerne in Anspruch nehmen wollen.

Es ist tatsächlich auch ein bisschen ein Widerspruch, wenn die Ratslinke sich immer für den öffentlichen Verkehr einsetzt und dann tatsächlich mit ihren Gesinnungsgenossen auf der Strasse dazu beiträgt, dass just dieser öffentliche Verkehr dann, wenn er am meisten genutzt werden sollte oder von den Menschen am meisten genutzt wird, eben nicht oder nur sehr eingeschränkt fährt. Das ist ein dauerndes Ärgernis. Es ist ein tatsächlich sehr störendes Ärgernis, dass auch der Regierungsrat, die zuständigen Departementsvorsteher offenbar linke Chaoten und andere Demonstranten in der Innenstadt quasi bevorzugt behandeln und dafür Bürgerinnen und Bürger, die in der Stadt etwas konsumieren möchten, dazu beitragen, dass trotz diesen vielen Dutzenden Baustellen, die es jedes Jahr in der Innenstadt gibt, noch in der Innenstadt konsumieren wollen und das Gewerbe stützen, hier offenbar weniger gewichtig sind wie eben solche linken Chaoten und andere Demonstranten. Das scheint uns der falsche Ansatz zu sein, deshalb glauben wir, braucht es keine besseren Fahrgastinformationen, sondern es braucht weniger Demonstrationen auf diesen Routen, die vor allem auch und hauptsächlich von Tramlinien benutzt werden.

Diese Fahrgastinformationen zeitnahe dann auch im öffentlichen Verkehr kundzutun, scheint uns auch aus praktischen Gründen doch sehr schwierig zu sein. Wie soll das denn funktionieren, wenn eine Demonstration, und das kennen wir ja, zumeist dann am Schluss ausartet und vielleicht dann auch die Polizei mit entsprechenden Mitteln eingreifen muss? Wie soll dann rechtzeitig der Fahrgast darüber informiert werden, dass das Tram nicht fährt? Ich hatte gerade kürzlich einmal mehr ein Ärgernis an einem Sonntag, als wieder einmal linke Chaoten die Innenstadt blockiert haben und weitere Taugenichtse



sich dazu entschlossen haben, den Verkehr zu blockieren, dass das Tram zwar wieder hätte über den Barfüsserplatz zum Bankverein fahren sollen, die entsprechende Mitteilung wurde bereits durch die Tramchauffeuse gemacht und im letzten Moment wurde diese Tramchauffeuse am Barfüsserplatz von einem weiteren Mitarbeiter der BVB darauf hingewiesen, dass nun die Polizei oben den Steinenberg abgesperrt hat und das Tram deshalb nun doch wieder rechts zur Heuwaage fahren muss.

Das hätte man mit einer besseren Fahrgastinformation über die App oder über was auch immer dann nicht regeln können, weil es ja dann tatsächlich so ist, dass bei solchen Ereignissen eben gar nicht wirklich frühzeitig geplant werden kann, weder für die Polizei, als Erstinstanz quasi, noch dann für diejenigen, die davon betroffen sind, das wäre dann beispielsweise die Leitstelle der BVB, die auf ihren Kanälen, auf den Bildschirmen, etc. diese Fahrgastinformation zur Verfügung stellen müsste. Also hier zeigen sich für uns neben dem allgemeinen Unmut über nun diese Ideen zu den Vorstössen von Frau Heer und Weibel auch diese praktischen und auch technischen Schwierigkeiten, weil auch gerade ältere Menschen, die ja auf diese öffentlichen Verkehrsmittel eher angewiesen sind, oftmals gar nicht über diese technischen Fähigkeiten dann verfügen, das entsprechend auch noch rechtzeitig abrufen zu können und dann bleiben sie, wie wir es leider heute schon sehen, sehr oft stehen und müssen warten, bis vielleicht wieder ein Tram fährt oder dann irgendwie umsteigen auf ein Taxi oder auf ein anderes Verkehrsmittel.

Deshalb bitten wir Sie, diesen Vorstoss ebenfalls nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Sie haben die Gelegenheit, mit uns gemeinsam für ein besseres Miteinander im öffentlichen Verkehr rund um Kundgebungen beizutragen, indem Sie Ja zur SVP Anti-Chaoten-Initiative sagen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Fleur Weibel. Diese wird angenommen.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Lieber Joël Thüring, Sie haben gesagt, Sie können sich nicht wirklich vorstellen, wie diese Fahrgastinformationen verbessert werden könnten. Aber dann wäre doch das jetzt eine gute Gelegenheit, die Regierung prüfen zu lassen, ob es nicht doch im Zeitalter der Digitalisierung, der sich wandelnden Ticketautomaten, usw. vielleicht möglich wäre.

Joël Thüring (SVP): Bessere Fahrgastinformationen bereitzustellen gehört zu einem Grundauftrag des Dienstleisters BVB, das muss ungeachtet dieser Frage immer angeschaut werden, dafür braucht es diesen Vorstoss nicht.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Einzelsprecherin ist Julia Baumgartner.

Julia Baumgartner (SP): Gerne spreche ich auch noch im Namen der SP für diesen Vorstoss. Wie bereits beim vorherigen Traktandum sehr breit diskutiert, handelt es sich bei der Versammlungsfreiheit um das Fundament unserer Demokratie. Wir sehen aktuell, wie weltweit demokratische Rechte eingeschränkt werden. In der Schweiz und in Basel nutzen Menschen ihre demokratischen Grundrechte und das ist zu begrüßen und das müssen wir auch verteidigen. Dass Demonstrationen und Grossveranstaltungen aber Auswirkungen auf den Verkehr und die Mobilität anderer Menschen haben, das ist klar und es stellt sich also ein bisschen die Frage, wie wir das vereinbaren können, also zum einen die Versammlungsfreiheit und zum anderen ein verlässliches ÖV-Netz.

Dieser Anzug setzt da ganz konstruktiv an. Es ist ein sehr pragmatischer Vorschlag, dass der Regierungsrat prüft, wie ÖV-Teilnehmer*innen besser informiert werden können. Es steht im Zentrum, dass die Kommunikation verbessert wird. Die Menschen sind auf zuverlässige Informationen angewiesen, insbesondere auch ältere Menschen, mobilitätseingeschränkte Personen und Kinder. Wir sehen beim zur Verfügung stellen von Informationen doch noch recht viel Potenzial. Es wurde angesprochen, mit der voranschreitenden Digitalisierung gibt es dort auch andere Möglichkeiten. Eine frühzeitige Kommunikation und laufend aktualisierte Informationen auf verschiedensten Kanälen wäre sehr begrüssenswert, sowohl online als auch vor Ort, damit auch die verschiedenen Bedürfnisgruppen informiert sind.

Wir danken Ihnen für die Überweisung dieses Anzugs. Es ist ein Auftrag an den Regierungsrat zu prüfen, wie man diese Kommunikation verbessern kann, um eben diese Vereinbarkeit von den demokratischen Grundrechten und der ÖV-Mobilität zu gewährleisten.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Einzelsprechenden eingetragen. Somit hat die Anzugstellerin Fleur Weibel das Wort.



Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Es wurde schon sehr viel jetzt gesagt über die beiden Vorstösse, über den, den wir schon überwiesen haben, und der, der jetzt noch vorliegt. Wir haben bewusst auch entschieden, diese beiden Vorstösse getrennt voneinander einzureichen, weil sie materiell in der Sache unterschiedliche Massnahmen fordern. Der hier, der fokussiert sich jetzt einfach auf diese Fahrgastinformationen, wo wir denken, dass die auch einiges einfacher umzusetzen sind als die Massnahmen, die im Anzug von Barbara Heer gefordert wurden, die zum Teil mit den Fahrleitungsprüfungen und insgesamt auch mit den ganzen Vorstellungen zum Tramnetz 2030, mit dem ich mich selber nicht wahnsinnig gut auskenne, aber für das haben wir die Verkehrspolitiker*innen, dass das etwas schwieriger ist umzusetzen oder längerfristig auf jeden Fall.

Was ich interessant finde jetzt an der Debatte, die stattgefunden hat, ist, dass wir eigentlich wenig über die Massnahmen gesprochen haben, sondern sehr stark darum, sollen Demonstrationen stattfinden, sollen unbewilligte Demonstrationen stattfinden oder nicht und um diese Frage geht es gar nicht bei diesen Anzügen. Diese Anzüge sind nicht ein Votum dafür, dass wir unbewilligte Demonstrationen unbedingt begrüssenswert finden oder dass wir nicht dafür wären oder das nicht begrüssen würden, dass vermehrt Bewilligungen für Demonstrationen eingeholt werden, sondern wir setzen quasi beim Zustand an, den wir im Moment haben. Der Zustand, den wir haben, ist, dass zahlreiche Demonstrationen stattfinden, dass unsere Innenstadt auch relativ klein ist und dass es deshalb immer wieder zu Ärgernissen kommt und die Vorstösse hier, die dienen eigentlich dazu, den Frust bei Personen, die stranden in der Stadt oder die nicht in der Zeit, die sie wollen, an ihr Ziel kommen, um diesen Frust abzubauen.

Barbara Heer hat es schon gesagt, es ist schon ziemlich bezeichnend, dass ein grosser Teil der Ratsbürgerlichen sich nicht mal darauf einlässt, diese Anzüge für eine Überprüfung zu überweisen. Das finde ich ziemlich interessant. Es ist auch der Vorwurf, der von Pascal Messerli erhoben wurde, dass wir diese Massnahmen, die wir hier fordern, in die JSSK-Debatte zur Anti-Chaoten-Initiative hätten einbringen können und da irgendeinen Gegenvorschlag basteln, das sind zwei so materiell unterschiedliche Dinge, die da verhandelt werden, dass das einfach ein absurder Vorschlag ist und genau deshalb kommen auch diese Anzüge jetzt hier und wir können hier drin darüber sprechen.

Ich weiss jetzt nicht genau, wie viel Zeit ich noch habe, aber ich möchte Ihnen noch ein kurzes Beispiel geben, auch wie ich mir das vorstelle mit dieser Fahrgastinformation, ausserdem vor dem Hintergrund, dass Ende 2027 diese neuen Ticketautomaten eingeführt werden, baselweit mit diesen grossen Screens, wo man allerlei Informationen digital bereitstellen kann und genau auch vor diesem Hintergrund möchten wir diesen Anzug überweisen, dass die Regierung prüft, wie die BVD mit diesen Automaten arbeiten kann. Da wundere ich mich schon auch ein bisschen über das Votum von Olivier Battaglia und von der LDP, die sich hier gegen eine Effizienzsteigerung aussprechen, wo wir nicht nur in der GPK, sondern auch in der FKom immer wieder darüber diskutiert haben, dass die Effizienz tatsächlich zum Teil überprüft werden könnte, und da jetzt der Regierung einen Auftrag zu geben, erachten wir als sehr sinnvoll.

Und vielleicht jetzt noch schnell zu dem Beispiel. Wenn ich am Bahnhof ankomme und nach Hause möchte, dann gibt es verschiedene Möglichkeiten, wie ich das machen kann. Dann wäre es für mich gut zu wissen, wenn der 8er, den ich dann gewählt habe, weil er als erstes Tram kam, wenn ich da schon wüsste, dass dieser 8er, kurz bevor er zum Barfüsserplatz fährt, plötzlich sich die Anzeige ändert und es heisst, jetzt fährt er zum Theater und ich denke, bin ich in den 6er eingestiegen und wie so merke, nein, es ist doch der 8er und dann kommt die Information, dass das Tram leider nicht auf den Barfüsserplatz fahren kann. Wenn man mir das am Bahnhof schon gesagt hätte und die 200 Leute, die auf dem Barfi waren, die waren wahrscheinlich nicht innerhalb von zwei Minuten auf diesem Barfüsserplatz aufgetaucht, also ich glaube, da gibt es wirklich Ansatzpunkte, wo man darüber nachdenken kann, wie man möglichst schnell und frühzeitig den Leuten zum Beispiel am Bahnhof mitteilen könnte, dass sie doch den 1er oder den 2er oder den 30er Bus nehmen sollen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Diese wird angenommen.

Pascal Messerli (SVP): Liebe Fleur Weibel, sind Sie einverstanden damit, dass das Problem der Fahrgastinformation, insbesondere bei unbewilligten Demonstrationen vorhanden ist, weil zahlreiche Gruppierungen mit den Behörden nicht kooperieren wollen?

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Ja, da bin ich mit Ihnen einverstanden, ich glaube aber trotzdem, dass man da Optimierungen vornehmen kann.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Joël Thüring. Wir kommen damit zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 41 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008989, 20.05.26 10:35:10]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben den Anzug mit 50 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen überwiesen.

26. Motion Jean-Luc Perret und Konsorten für den unterirdischen Schutz von Grünanlagenzonen, Zwischenbericht des RR

[20.05.26 10:35:19, 23.5217.03]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, die beiden Motionen sowie den Anzug stehen zu lassen. Regierungsrätin Esther Keller wünscht das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Hier jetzt bei diesen Geschäften geht es einzig um die Bitte, dass Sie die genannten Vorstösse stehen lassen. Inhaltlich möchten wir heute noch nicht weiter Stellung nehmen. Das ist, wie gesagt, Gegenstand der laufenden Diskussionen. Wir möchten diese Vorstösse, die doch relativ grundlegende Änderungen fordern, wirklich sorgfältig bearbeiten. Wir möchten sicher sein, was die Auswirkungen sind und wir möchten auch in eine öffentliche Vernehmlassung gehen. Wir sind auf der Zielgerade, aber es braucht noch etwas Zeit. Deshalb, wie gesagt, bittet Sie der Regierungsrat um Stehenlassen dieser Vorstösse.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Fraktionssprecher für die SVP gemeldet hat sich Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich spreche gleich zu allen drei Vorstössen. Es wurden ja jetzt in den letzten Jahren zahlreiche klimapolitische Massnahmen ergriffen und wir sind der Meinung, dass wir hier alle drei Vorstösse abschreiben können. Bei der Motion Perret waren wir schon von Anfang an der Meinung, dass wir keinen Absolutismus in ein Gesetz schreiben sollen. Dort sollte es mehr eine Einzelfallabwägung geben, ob es unter Grünanlagen Sinn macht, Bauten zu lancieren oder nicht, aber wir sind nicht für ein totales Verbot in diesem Bereich. Beim Vorstoss von Herrn Rechtsteiner haben wir jetzt diese Solarpflicht, die bald kommt, da sind wir jetzt auch nicht der Meinung, dass es noch eine Lockerung der Bewilligung benötigt, und beim Baumschutz beim Vorstoss von Herrn Bartha sind wir der Meinung, dass wir schon ein sehr strenges Baumschutzgesetz haben. Es gibt gerade in gewissen Schutzzonen sehr strenge Bestimmungen, um einen Baum fällen zu können und wann, dann kann das nur mit sehr strengen Auflagen getan werden. Also hier sind wir auch der Meinung, dass schon genügend im Kanton gesetzlich verankert wird. Wir sind bei allen drei Vorstössen der Meinung, dass man das jetzt hier abschreiben kann und es nicht zusätzliche Gesetzesänderungen benötigt und dementsprechend bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, alle drei Vorstösse als erledigt abzuschreiben.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zu den Abstimmungen der Motionen im Einzelnen.
Abstimmung Motion Jean-Luc Perret.

Abstimmung

JA heisst Stehenlassen gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Abschreiben gemäss Antrag Pascal Messerli.

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 32 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008991, 20.05.26 10:38:54]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion Jean-Luc Perret und Konsorten stehen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 58 Ja-Stimmen gegen 32 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung die Motion stehen gelassen.

Wir kommen damit zur Abstimmung Motion Rudolf Rechsteiner.

26.1. Motion Rudolf Rechsteiner und Konsorten betreffend Bewilligungsbefreiung für Solaranlagen, Zwischenbericht des RR

[20.05.26 10:39:15, 13.5293.05]

Abstimmung

JA heisst stehen lassen gemäss Antrag Regierungsrat. NEIN heisst abschreiben gemäss Antrag Pascal Messerli.

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 28 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008993, 20.05.26 10:39:36]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion Rudolf Rechsteiner stehen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben die Motion mit 60 Ja-Stimmen gegen 28 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung stehen gelassen.



**26.2. Anzug Béla Bartha und Konsorten betreffend Ergänzung des Baumschutzgesetzes:
Nicht nur die Anzahl, sondern auch der ökologische Wert des Baumbestandes in BS
muss geschützt werden, um dessen Klimawirkung zu erhalten, Zwischenbericht des RR**

[20.05.26 10:39:45, 23.5349.03]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung Anzug Béla Bartha.

Abstimmung

JA heisst stehen lassen, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 26 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008996, 20.05.26 10:40:18]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 63 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

**27. Anzug Daniel Hettich und Konsorten betreffend Regionales Logistikflächenkonzept,
Schreiben des RR**

[20.05.26 10:40:26, 21.5837.04]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Eingetragen hat sich Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Vor drei Jahren habe ich in meinen Vorstoss gefordert, dass wir endlich Klarheit über den Bestand und Bedarf an Logistikflächen in der Region schaffen. Diese Klarheit liegt nun vor. Dafür danke ich dem Regierungsrat und allen Beteiligten für die grosse Zusammenstellung der Fakten. Die Studie bestätigt schwarz auf weiss, dass die Wirtschaft seit Jahren sagt. Logistikflächen sind knapp, gerade in zentrumsnahen Lagen und der Bedarf wird bis 2050 sicher weiter wachsen, je nach Szenarium von 82 bis 156 Hektaren. Besonders bemerkenswert ist die Aussage der Studie, dass Raumplanung und Markt heute nicht in der Lage sind, den Bedarf an geeigneten Standorten zu decken. Das führt zu Verdrängungen an wenigen geeigneten Orten, längeren Transportwegen, mehr Verkehr und erhöhte Emissionen. Also genau das Gegenteil von dem, was wir raumplanerisch und klimapolitisch wollen.

Logistik ist eine Leit- und Querschnittsbranche. Sie versorgt die Haushalte, Industrie und Gewerbe. Mit rund 12'000 Beschäftigten und einer Bruttowertschöpfung von 1.9 Mrd. Franken pro Jahr ist sie ein bedeutender Standortfaktor für den Werkplatz Basel. Ich nehme den Regierungsrat beim Wort, die Wirtschaftsgebiete stärken vor Umnutzungen zu schützen, gerade in Basel-Stadt ist der Druck auf Industrie- und Gewerbeflächen durch kontinuierende Nutzung besonders hoch. Ich erwarte, dass sich Basel-Stadt gemeinsam mit Baselland dafür einsetzt, dass die Logistiknutzungen in geeigneten Arbeitszonen der Region nicht pauschal ausgeschlossen werden. Die Studie darf nicht in der Schublade verschwinden, ihre Erkenntnisse müssen in die kantonale Raumplanung, in die Richtplanung und in den Dialog mit den Gemeinden einfließen.

In diesem Sinne kann der Anzug abgeschrieben werden. Ich werde die Umsetzung aber aufmerksam mitverfolgen und behalte mir vor, bei Bedarf erneut einen Vorstoss einzureichen.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

28. Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Prüfung einer Aufhebung von Tram- und Bushaltestellen zur Attraktivitätssteigerung eines schnelleren Tram- und Busnetzes in Basel-Stadt, Schreiben des RR

[20.05.26 10:43:09, 19.5429.04]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

29. Interpellation Nr. 21 Joël Thüring betreffend missachtet Regierungsrätin Esther Keller bei Rekursentscheiden der Freizeitgartenkommission infolge eigener Abwesenheit das Gesetz?, Schreiben des RR

[20.05.26 10:43:38, 26.5084.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Joël Thüring (SVP): Ich kann es relativ kurz machen. Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation. Ich kann mich mit der Beantwortung zufrieden erklären. Ich finde, die Situation bei der Freizeitgartenkommission bleibt weiterhin stossend. Sie haben eine Kommission, die mehr Mitglieder hat, wie das Gesetz eigentlich vorschreibt und es gibt bei dieser Frage der Rekurse, die ja zwingend durch diese Freizeitgartenkommission behandelt werden müssen, ein doch aus unserer Sicht oder aus meiner Sicht ein erhebliches Verbesserungspotenzial. Hier scheinen die Abläufe für alle Beteiligten zurzeit nicht sonderlich stimmig zu sein und es wäre hier sicherlich sinnvoll, wenn der Regierungsrat im Rahmen einer Revision des Freizeitgartengesetzes diese Sache noch einmal überdenkt und insbesondere sich auch die Frage stellt, inwiefern eine Departementsvorsteherin überhaupt Mitglied einer solchen Kommission sein muss qua Gesetz.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

30. Interpellation Nr. 40 Annina von Falkenstein betreffend Altersdiskriminierung durch das Bau- und Verkehrsdepartement bei der Autoabgabe-Prämie für Klimaziele, Schreiben des RR

[20.05.26 10:45:08, 26.5127.02]



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Annina von Falkenstein (LDP): Vielen Dank für die Gelegenheit, hier Stellung zu nehmen. Ich kann es vorwegnehmen, ich bin unterirdisch unzufrieden. Ich finde es einen Hohn, dass so eine Antwort überhaupt rauskommt. Ich habe zehn Fragen gestellt, von denen wurde zu drei etwas geschrieben, was aber nicht den Antworten auf die gestellten Fragen entspricht. Ich frage mich wirklich, ob im BVD dieses politische Instrument überhaupt gekannt wird, ob es wahrgenommen wird und ob es vor allem ernst genommen wird. Ich muss sagen, ich habe den Eindruck, hätte ich Ihnen, Frau Regierungsrätin Esther Keller, ein Mail geschrieben, wäre eine bessere und gezieltere Antwort gekommen, als wenn das durch jemanden aus dem BVD oder einer Abteilung beantwortet wird und das finde ich frech. Das finde ich richtig frech, weil wir arbeiten zusammen zwischen diesen verschiedenen Instanzen und hier habe ich das Gefühl, wurde diese Anfrage, die doch auch zweimal in der BaZ aufgenommen wurde und entsprechend ein gewisses öffentliches Interesse zu haben scheint, einfach nicht beantwortet.

Es wird in keinem bisschen auf die Möglichkeit von Altersdiskriminierung eingegangen. Es wird auch nicht Bezug dazu genommen, ob das überhaupt verfassungskonform ist, was hier gemacht wird mit der Alterslimite, und auf die Situation, die zu dieser Interpellation geführt hat, wurde auch kein einziges Wort verschwendet. Also ich habe wirklich den Eindruck, dass da ganz viel schief läuft. Ich weiss auch nicht, ob Sie, Esther Keller, diese Antwort gesehen haben, bevor die rausgegangen ist. Ich als Führungsperson würde mich schämen, wenn so eine Arbeit öffentlich wird. Es hat mich wirklich wütend gemacht, weil ich habe von mehreren Personen gehört, die in dieser Situation waren und diese Personen werden hier keines Wortes gewürdigt und das ist unter der Würde unserer parlamentarischen Zusammenarbeit zwischen Departementen und dem Grossen Rat.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Interpellantin ist mit der Antwort unterirdisch nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

31. Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Massnahmen gegen den illegalen Drogenhandel rund um die Kaserne, den Erasmusplatz und den Claraplatz, Schreiben des RR

[20.05.26 10:47:34, 23.5253.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Frau Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet auf ein Votum. Eingetragen als Einzelsprecher hat sich Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich mache jetzt nicht so schimpfisch wie vorher, aber trotzdem, die Sicherheitslage im unteren Kleinbasel hat sich im Vergleich zum Jahr 2023 verbessert. So steht es im Fazit zu diesem Anzug. Ich weiss jetzt nicht, wie man auf diese Einschätzung kommen kann. Wenn man mit der Bevölkerung spricht im betroffenen Perimeter, glaube ich, dass grossmehrheitlich da eine andere Einschätzung herrscht.

Weiter wird im Fazit auch ausgeführt, entsprechend zeigen die ergriffenen Massnahmen Wirkung. Ja, vielleicht während dem ESC und zwei Wochen später, aber leider ist genau das passiert, was wir befürchtet haben, als ich die Interpellation gemacht habe betreffend Willkommenskultur, nicht nur während dem ESC. Es war nicht nachhaltig. Die dunklen Gestalten haben den Perimeter wieder in Beschlag genommen. Ich meine, man kann da selbst mit meiner Grösse, wenn es dunkel wird, nicht mehr mit gutem Gefühl da durchlaufen, Entschuldigung. Und da kann man doch nicht einfach sagen, wir schreiben jetzt diesen Anzug ab.

Was auch noch störend ist, ist, dass man in diesem Perimeter vor ein paar Wochen Plakate für eine Aktionswoche gegen Rassismus prominent aufgestellt hat. Wenn das die Leute da anschauen, ich habe einige Rückmeldungen bekommen, da muss man sich am Ende nicht wundern, wenn der Rassismus wirklich zunimmt in dieser Stadt. Und da sind aber diese Leute verantwortlich, die hier drinnen und an anderer Stelle das Ganze verharmlosen.

Ich bitte Sie wirklich, diesen Anzug nicht abzuschreiben.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich danke Daniel Seiler für diese sehr klaren Worte. Mir ist es beim Lesen dieser Anzugsbeantwortung etwas ähnlich gegangen. Ich habe mich gefragt, wer im Departement von Regierungsrätin Eymann denn diesen weltfremden Text verfasst hat. War das ein Mitarbeiter im Homeoffice in Rümligen oder war er vielleicht an der Fantasy Basel und hat vor lauter Schreckgespenster nicht realisiert, wie die Wirklichkeit draussen aussieht? Das kann ja nun wirklich nicht Ihr Ernst sein, geschätzte Frau Regierungsrätin Eymann. Schauen Sie sich doch einmal an, wie die Situation, und Daniel Seiler hat dies sehr treffend beschrieben, rund um die Kaserne, den Claraplatz und den Erasmusplatz ist. Es gibt Menschen, die sich dort gar nicht mehr hin getrauen, besonders in den Abend- und Nachtstunden. Es ist ein Zustand auch rund um den Claraplatz, der ja also, wenn nicht gerade ein Grossanlass ist, wirklich nicht zum Zuschauen ist und dort auch tagsüber nicht. Und das ist ein Zustand, den wir offenbar seit Jahren tolerieren müssen, weil die Polizei aus verständlichen Gründen auch gar nicht die Ressourcen hat, dort so derart einzufahren, wie es vielleicht notwendig ist. Klammerbemerkung, aber wenn irgendwo jemand einmal mit dem Auto zehn Minuten zu lange parkiert, dann kommt dann das Polizeiauto relativ schnell und schreibt ihn auf. Das ist klar, ist auch ein bisschen weniger unangenehm, weil meistens da ja dann nur das Auto steht und niemand ist, den man päckeln müsste, aber das wäre eigentlich der Grundauftrag.

Rund um dieses Gebiet, das in meinem Anzug erwähnt wurde, hat sich die Situation, das kann doch niemand behaupten, nicht wirklich verbessert. Im Gegenteil, Sie sehen es doch auch immer wieder in der Kriminalitätsstatistik, dass die Problematik weiterhin sehr stark besteht. Immerhin gibt der Regierungsrat in seiner Anzugsbeantwortung zu, dass die Videoüberwachung, die Sie in diesem hohen Hause ja auf der linken Seite kategorisch ablehnen, weil Sie lieber Täter- statt Opferschutz betreiben, dass diese Videoüberwachung tatsächlich etwas genutzt hat und kaum wurde diese Videoüberwachung abinstalliert, deinstalliert oder ausgeschaltet, war es in den Sommermonaten bereits wieder so, dass die Zahlen angestiegen sind. Also es gibt doch durchaus weiterhin dringenden Handlungsbedarf, an diesem Gewaltpotential, an diesen Ecken dort auch entsprechend mit Massnahmen dafür zu sorgen, dass Menschen, die hier in dieser Stadt leben, die sich in diesem Gebiet aufhalten wollen, sicher nach Hause können, sich dort auch sicher und wohl aufhalten können.

Das ist derzeit nicht der Fall. Gehen Sie einmal abends und nachts auf dieser Achse entlang, Sie fühlen sich dort sehr unwohl. Es gibt viele Menschen, die sich auch bei uns melden und die sagen, wir meiden diesen Ecken und das ist eigentlich auch aus meiner Sicht eine Bankrotterklärung, wenn Menschen aus Angst davor, dass etwas passieren könnte, Daniel Seiler hat sich als grosser Mann beschrieben, wenn Menschen, die Angst haben davor, dass etwas passieren könnte, zu Hause bleiben oder ein Gebiet entsprechend meiden.

Deshalb glauben wir, dass der Regierungsrat einige positive, um jetzt auch noch nett zu enden, einige positive Ansätze in der Politik, was dieses Gebiet anbelangt, ergriffen hat. Es ist aber weitaus zu wenig und deshalb macht es aus unserer Sicht Sinn, wenn wir diesen Anzug stehen lassen und damit dem Regierungsrat noch einmal klar signalisieren, dass rund um diese Plätze etwas geschehen muss, dass wir gegen diesen illegalen Drogenhandel und alle anderen negativen Umstände, die wir dort kennen und haben, gemeinsam vorgehen können.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Mahir Kabakci.

Mahir Kabakci (SP): Jetzt spreche ich mal als Mann mittlerer Grösse. Der vorliegende Anzug greift ein reales und für viele Menschen im unteren Kleinbasel spürbares Problem auf. Offener Drogenhandel sowie die damit verbundenen Konflikte und Belastungen im öffentlichen Raum rund um die Kaserne, den Claraplatz, aber auch andere Gebiete. Es ist unbestritten, dass diese Situation für Anwohnende teils belastend ist. Lärm, Littering, Unsicherheitsgefühl und offene Drogenszene sind keine Bagatelle, sie betreffen die Lebensqualität direkt. Dass dieses Thema politisch aufgenommen wurde, ist daher richtig und wichtig.

Gleichzeitig zeigt die ausführliche Antwort des Regierungsrats klar, es wird bereits viel unternommen, und zwar auf mehreren Ebenen gleichzeitig. Wir sehen eine deutliche Intensivierung der polizeilichen Massnahmen, eine erhöhte Präsenz, regelmässige Schwerpunktaktionen mit Kontrollen. Diese Massnahmen zeigen Wirkung, insbesondere bei der Reduktion schwerer Gewaltdelikte. Und ich kann Ihnen sagen, Joël Thüring, ich laufe dort nicht nur vorbei, sondern ich wohne in diesem Quartier und bin in diesem Quartier auch aufgewachsen. Und wie gesagt, ich hatte jetzt nie irgendwie das Gefühl, dass ich jetzt Angst haben muss, wenn ich durch das Kleinbasel durchlaufe und da kann ich Ihnen einfach auch mal sagen, hören Sie auf, ständig das Kleinbasel in diesem Bash-Modus schlechtzureden. Also das stimmt einfach so auch nicht.

Parallel dazu wurden auch präventive und soziale Ansätze verstärkt. Die aufsuchende Sozialarbeit wurde ausgebaut, der Rangerdienst gestärkt und die Angebote der Suchthilfe weiterentwickelt. Auch infrastrukturelle Massnahmen, etwa bei der Beleuchtung oder der Gestaltung der öffentlichen Räume, wurden gezielt umgesetzt. Genau dieser kombinierte Ansatz ist



aus Sicht der SP zentral. Repression alleine reicht nicht aus. Es braucht immer auch Prävention, soziale Arbeit und eine kluge Gestaltung des öffentlichen Raums.

Die Antwort des Regierungsrats zeigt aber auch ehrlich auf, eine nachhaltige Lösung dieses Problems im Sinne eines vollständigen Verschwindens ist nicht realistisch. Und da muss man einfach auch die Tatsachen sehen, dass wir gewisse Probleme, die wir haben, gar nicht kantonale lösen können. Wir haben zum Teil Menschen aus dem EU-Raum, die sich dort aufhalten und Sie können nicht einfach sagen, ja, alle Menschen, die sich jetzt irgendwie bei der Kaserne oder beim Claraplatz aufhalten, wird man mal präventiv einpacken und zurückschicken. Also das ist auch ein interessanter Ansatz. Das sind EU-Bürger und die haben das Recht, auch in die Schweiz, auch nach Basel zu kommen.

Der Drogenhandel ist ein dynamisches Phänomen, das sich verlagert und anpasst. Umso wichtiger ist ein kontinuierliches, koordiniertes Vorgehen. Der Anzug fordert zusätzliche Prüfungen und Massnahmen. Viele dieser Punkte sind jedoch bereits umgesetzt, in Umsetzung oder werden laufend weiterentwickelt. Und der Punkt ist, ja, bei der Videoüberwachung auf der Dreirosenanlage, das kann ich Ihnen sagen, auch dieser Vorwurf stimmt nicht, Joël Thüning, wir haben uns punktuell bei der Dreirosenanlage für die Videoüberwachung ausgesprochen und haben das auch unterstützt, aber was haben wir gesehen, es ist eine Symptombekämpfung. Das Problem hat sich verlagert, es war am Rheinbord, es kam ins Matthäusquartier ins Matthäuspärkli. Das heisst, dieser Ansatz alleine reicht einfach nicht aus und Sie können auch mit der Videoüberwachung das Problem direkt vor Ort nicht lösen. Im Nachgang, wenn ein Delikt passiert, können Sie es vielleicht schneller aufklären, aber im ersten Moment ist und bleibt es eine Symptombekämpfung.

Der Punkt ist, dieser Anzug hat aus unserer Sicht den Zweck erfüllt. Er hat Druck erzeugt und die Diskussion geschärft und ich bin sicher, das Augenmerk des Regierungsrats ist da auf diesem Aspekt und der Regierungsrat hat ja auch genannt, dass Sicherheit ein zentrales Thema ist bei der Regierungsarbeit und in diesen vielen Bereichen wird viel getan. Wie gesagt, Sicherheitsansatz ist nicht nur ein einzelner Ansatz, es braucht eine gesunde Mischung von präventiven und repressiven Massnahmen und ich denke, das wird der richtige Weg sein, um die Probleme dort auch lösen zu können.

Für uns als SP-Fraktion ist daher entscheidend, dass dieser eingeschlagene Weg konsequent weitergeführt wird mit einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Sicherheit, sozialer Verantwortung und Prävention. Deshalb bitte ich Sie, den Anzug abzuschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Sie wird angenommen.

Pascal Messerli (SVP): Lieber Mahir Kabakci, Sie haben jetzt gesagt, Sie haben sich noch nie im Kleinbasel unsicher gefühlt, haben aber auch vor zwei Jahren diesem Anzug stillschweigend zugestimmt und ihn überwiesen, weil es halt Probleme gibt. Ist das jetzt nicht ein Widerspruch?

Mahir Kabakci (SP): Lieber Pascal Messerli, Situationen können sich auch weiterentwickeln und man hat in Kleinbasel erhebliche Massnahmen an unterschiedlichen Orten getroffen und wie gesagt, ich wohne im Kleinbasel und kann die Situation, glaube ich, besser einschätzen als ein weiter Blick aus Riehen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Ich habe mich jetzt ganz spontan gemeldet nach dem Votum von Herrn Thüning und ich muss sagen, ich danke übrigens meinem Vorredner, Herr Mahir Kabakci, für die klare und eindeutige Ansage und auch die Einschätzung bezüglich dieses Anzugs. Aber was ich schon sagen muss, als ich das gehört habe, denke ich, bin ich da Ende 80er-Jahre, anfangs 90er-Jahre stehen geblieben, als die SVP national grosse Stimmung gemacht hat gegen Drogenkonsumierende auf dem Letten und auf dem Platzspitz und natürlich auch bezüglich den Dealern damals. Das war die gleiche Stossrichtung, die ich jetzt heute von Herrn Thüning gehört habe. Und ich muss schon sagen, haben Sie irgendwie etwas gelernt daraus, weil mit diesen Massnahmen hätte man das grosse Problem damals in Zürich nie und nimmer beheben können. Es war der Entscheid damals zu sagen, reine Repression wird das Problem nicht lösen, das hat den Boden gelegt, um andere Massnahmen in der Schadensminderung, in der Substitutionsabgabe, in der aufsuchenden Sozialarbeit, erst dann hat man gemeinsam natürlich mit der Polizei diese Problematik in den Griff bekommen. Also die Idee, dass nur reine Repression ein Problem lösen kann, das ist wirklich sehr weit weg von der Realität.

Ich kann Ihnen auch sagen als Leiter einer Stiftung, die mit Drogenkonsumierenden arbeitet, es hat sich sehr wohl etwas verändert und ich habe auch damals sogar den Anzug gut gefunden, da hat man einfach überwiesen, das war auch damals nötig, aber es ist unterdessen sehr viel passiert. Der Austausch zwischen Einrichtungen, Sozialen und Psychiatrie, mit der



Polizei, mit der Community Policing, mit den Mittlern des Gesundheitsdepartements, das läuft, da ist man natürlich nicht immer vielleicht mit der Problemlösung schon am richtigen Ort, aber trotzdem, der Austausch ist da und das ist wichtig, damit man dort vorankommt. Also das ist reine Stimmungsmache gegen Personen, die auch schwer krank und zum Teil im öffentlichen Raum sichtbar sind. Was es wirklich mehr braucht, ist weiterhin gute Zusammenarbeit, auch Unterstützung von sozialen Organisationen, auch vielleicht mal in einer Sicherheitsfrage umzuschauen, wie können wir die Räume, die zum Teil dann auch unter Belastung stehen, wieder sicherer machen, etc.

Das ist der Ansatz und deswegen ist der Anzug ja auch erfüllt, weil es in die richtige Richtung geht. Und dann müsste die SVP in Zukunft mal die Schadensminderung, die Sie hier immer ablehnen, wenn es irgendeinen Vorstoss von linker Seite gibt, um die Schadensminderung zu stärken, um zu schauen, ob man zum Beispiel die Kontakt- und Anlaufstellen verlängern kann mit den Öffnungszeiten, sind Sie jedes Mal dagegen. Dann sind Sie also sehr ideologisch unterwegs und nicht pragmatisch.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Joël Thüring. Diese wird angenommen.

Joël Thüring (SVP): Danke für die Annahme der Zwischenfrage. Oliver Bolliger, Sie haben jetzt von der Schadensminderung gesprochen, wäre denn ein Ansatz der Schadensminderung, wenn diese Dutzenden illegalen nigerianischen Drogendealer rund um den Claraplatz verhaftet und dann entsprechend vielleicht auch einmal ausgeschafft werden würden?

Oliver Bolliger (BastA): Die Schadensminderung betrifft die Personen, die von Drogen abhängig sind und darum geht es.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine weitere Zwischenfrage von Jenny Schweizer. Auch diese wird angenommen.

Jenny Schweizer (SVP): Danke für die kurzfristige Annahme. Vielleicht verstehe ich Sie nicht ganz richtig, aber sollte es nicht auch in Ihrem Sinne sein, dass der Drogenhandel bekämpft wird, damit eigentlich die Süchtigen, für die Sie sich ja so einsetzen, weniger gefährdet werden? Das sollte doch auch in Ihrem Interesse sein.

Oliver Bolliger (BastA): Das Interesse ist da, dass Drogenkonsumierende gute Versorgung haben. Die Idee, dass man den Drogenhandel aus einer Stadt rausbekommt und es dann keine Drogenabhängigen gibt, das ist einfach sehr träumerisch.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Ich habe mich auch spontan gemeldet, einfach weil gewisse Sachen klargestellt werden müssen. Oliver Bolliger, Sie reden von den Drogensüchtigen. Niemand hat etwas gegen Drogensüchtige, sie sind tatsächlich Kranke. Hier geht es um den Drogenhandel und konkret geht es um organisierte Kriminalität. Vielleicht wissen Sie das nicht, ich weiss das und gegen das muss etwas gemacht werden. Und wenn die SP, Mahir Kabakci sagt, man muss keine Angst haben im Kleinbasel, das ist überhaupt kein Problem, dann verkennen Sie die Quartiervereine, die darauf hinweisen, Sie verkennen die Menschen, die tatsächlich Angst haben, dorthin zu gehen, Sie verkennen Geschäftsinhaber, die sagen, ich habe keine Kunden mehr aus dem Grossbasel, weil sie nicht in das Kleinbasel kommen wollen. Das sind alles Facts und wenn die SP, Sie haben für die SP gesprochen, das negiert, dann weiss ich nicht, ob das wirklich im Sinn von Ihren Wählern ist. Ganz bestimmt nicht.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich muss mich doch noch in die Debatte einschalten, weil das spannend ist. Und es sind ja prominente Leute, die hier reden, Joël Thüring, bald Nationalrat, Mahir Kabakci, bald Regierungsrat.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Herr Weber, ich bitte Sie, beim Thema zu bleiben.



Eric Weber (Fraktionslos): Lieber Mahir Kabakci, ich habe heute Morgen mit Ihnen geredet, weil ich Ihnen ein Geschenk mitgebracht habe und das ist nett, aber lieber Mahir Kabakci, ich muss Ihnen einfach sagen, schauen Sie auf die Wahlergebnisse im Kleinbasel und das ist die Antwort und das ist die Wahrheit und nicht das, was Sie gesagt haben. Warum bin ich vom Wahlkreis Grossbasel West, wo ich gewählt worden bin 1984 und 1988, nach Kleinbasel gegangen, weil in Kleinbasel die Probleme sind. Und lieber Mahir Kabakci, hätten wir die Probleme nicht im Kleinbasel, wäre ich gar nicht Grossrat.

Lieber Oliver Bolliger, Sie haben gesagt, was mein Kollege Joël Thüring, mein Lieblingspolitiker, sagt, sei Stimmungsmache. Sie haben gesagt, Oliver Bolliger, Joël Thüring macht Stimmungsmache oder ich habe es so verstanden, aber ich muss einfach ganz klar sagen, lieber Oliver Bolliger, ich unterstütze die Stimmungsmache von Joël Thüring. Ich unterstütze das und ich wähle auch mit dieser Partei wie heute Morgen.

Ich weiss nicht, ich bin kein Minister, die Polizeiministerin ist da, warum kann man dann am Claraplatz keinen Platzverweis machen? Meine Damen und Herren, ich bin jeden Tag am Claraplatz, weil ich dort meine Post abhole. Jeden Tag sehe ich dort die Drogendealer und es passiert nichts und das macht natürlich die Leute verrückt. Darum meine Frage, liebe Frau Eymann, ich weiss nicht alles, aber ich wäre Ihnen dankbar, auch wenn ich manchmal der Böse bin im Grossen Rat, würde mich doch interessieren, warum es keinen Platzverweis für die Leute gibt, die dort Drogen verkaufen. Es würde mich freuen, wenn Sie das beantworten könnten.

Und zum Schluss, Grossrat Wehrli hat richtig gesagt, Ex-Polizist, die Geschäftsinhaber leiden unter dieser Sache. Das stimmt, die Geschäftsinhaber leiden unter diesen Sachen und die Anwohner natürlich auch, weil die dann wirklich am Abend nicht mehr rausgehen, weil es dunkel ist.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nochmals als Einzelsprecher eingetragen hat sich Mahir Kabakci.

Mahir Kabakci (SP): Ich möchte Bezug nehmen auf Herrn Thüring und Herrn Wehrli. Ich kann Ihnen gerne wiederholen, ich habe am Anfang von meinem Votum ganz klar gesagt, dass wir dort Probleme haben und wenn Sie hierhin stehen und sagen, wir würden Probleme negieren und wir sollten mal mit Menschen im Kleinbasel reden, ich kann Ihnen sagen, Herr Wehrli, ich bin im ständigen Dialog mit den Menschen, mit dem Quartierverein, am Drogenstammtisch, an unterschiedlichen Anlässen und ich weiss, was dort die Probleme sind. Also negiert wird hier gar nicht seitens der SP, nur haben wir Unterschiede im Ansatz. Ich habe gesagt, es braucht eine gesunde Mischung zwischen Prävention und Repression. Und wenn Sie dann kommen, ich sehe keine Vorschläge, Sie beklagen sich dauernd nur, dass es nicht gut läuft, dann bringen Sie doch Vorschläge ein. Ich habe Ihnen gesagt, dieses Drogenproblem, was wir haben, ist nicht einfach per se lösbar. Sie können nicht einfach präventiv Menschen irgendwie einsammeln, die sich im Perimeter Claraplatz Kaserne bewegen und dann sagen, die sollen mal ausgeschafft werden. Das sind zum Teil EU-Bürger, die haben hier ein Recht, in die Schweiz einzureisen und es wird an unterschiedlichen Ecken vieles gemacht. Präventive Arbeit, Sozialarbeit, Sicherheitspolizei, Pipapo. Also da hinzustehen und einfach zu sagen, wir würden das Problem negieren, stimmt einfach nicht. Wir haben den Ansatz, dass es eine gesunde Mischung braucht, weil das schlussendlich der Schlüssel zum Erfolg sein wird.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für ein zweites Votum eingetragen hat sich Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich nehme Bezug auf Mahir Kabakci. Ich nehme es Ihnen ab und ich glaube es Ihnen auch, dass Sie sich mit einem Teil der Quartierbevölkerung im Kleinbasel sicherlich von Zeit zu Zeit auch austauschen und hier ein gewisses Ohr bei der Bevölkerung haben, aber Sie können das beschriebene Problem, das auch Herr Wehrli vorhin in seinem Votum ausgeführt hat, doch einfach nicht negieren. Und selbstverständlich haben wir Möglichkeiten, gegen den illegalen Drogenhandel mit entsprechender Repression vorzugehen. Sie fordern immer Prävention, Prävention, Prävention. Diese Prävention kostet Unsummen an Geld, sie kostet Unsummen an Geld und packt das Übel nicht an der Wurzel. Das Übel ist, dass man zu wenig Repression betreibt, dass man es toleriert, dass Tag für Tag Dutzende schwarzafrikanische Drogendealer am Claraplatz und in diesen Strassen rund um den Claraplatz stehen.

Und sorry, ob das nun EU-Bürger sind oder nicht, das spielt dabei gar keine Rolle, auch diese können ausgeschafft werden. Wir haben eine Ausschaffungsinitiative angenommen, Ihre Partei hat sie bekämpft, aber es gibt Möglichkeiten. Und hier ist es tatsächlich so, dass die Verantwortung dafür, dass sich die Situation nicht nachweislich verbessert, vermutlich gar nicht so sehr bei der Polizei liegt, sondern bei der Gerichtsbarkeit. Diese Menschen werden zu lasch behandelt. Es stinkt doch einem Polizisten, wenn er heute einen Drogendealer auf dem Claraplatz verhaftet, mit auf den Polizeiposten nimmt und einen Tag,



zwei Tage später steht der genau gleiche Drogendealer an der genau gleichen Ecke wieder und lacht dem Polizisten noch dumm ins Gesicht.

Nennen wir doch das Problem einmal beim Namen. Wir brauchen nicht Rangerdienste, wir brauchen nicht noch mehr Prävention, wir brauchen endlich Massnahmen, die so wirken, dass dieses Problem endlich eingedämmt wird. Oliver Bolliger hat vom Drogenkonsum aus Sicht der Süchtigen gesprochen. Niemand stellt in Frage, dass es Kontakt- und Anlaufstellen braucht, aber es geht hier nicht um die Kontakt- und Anlaufstellen, es geht darum, dass wir den illegalen Drogenhandel bekämpfen müssen. Menschen, die ein Drogenproblem haben, das weiss Oliver Bolliger besser als ich, weil er in diesem Bereich tätig ist, haben die Möglichkeit, diese Drogen, ihre Sucht auf einem «legalen Weg» zu befriedigen bei diesen Kontakt- und Anlaufstellen. Dafür braucht es nicht einen illegalen Drogenhandel auf der Strasse. Und gegen diesen Drogenhandel wehren wir uns und gegen diesen Drogenhandel sollte aus unserer Sicht endlich mit allen möglichen Mitteln vorgegangen werden. Dann kann sich Herr Kabakci das eine oder andere Gespräch vielleicht auch sparen, weil dann das Problem gelöst wird und man dann tatsächlich auch mittel- und langfristig weniger Prävention benötigt.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Oliver Bolliger. Sie wird angenommen.

Oliver Bolliger (BastA): Einfach nur zur Klarstellung, an der Kontakt- und Anlaufstelle werden keine Drogen abgegeben, sondern die werden dort vielleicht vorher gekauft. Sind Sie in dem Fall auch für eine in Zukunft legale Drogenabgabe durch den Staat, wie wir sie schon lange fordern, damit der illegale Handel minimiert werden kann?

Joël Thüring (SVP): Darum geht es nicht. Ich habe gesagt, es ist in Ordnung, dass diejenigen, die eine Drogensucht haben, diese Möglichkeiten erhalten, es auf legalen Wege zu konsumieren, aber es geht uns heute hier um den illegalen Drogenhandel rund um die Kaserne und den Claraplatz und das, glaube ich, ist jetzt nicht dasselbe, was Sie meinen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Ich will das jetzt nicht zu einem Streitgespräch hier ausarten lassen, das ist das letzte Mal, aber wenn Sie uns Angstmacherei vorwerfen, weil Sie selber keine Angst haben, durch das Kleinbasel zu gehen, dann ist das etwas grundlegend anders. Es gibt Menschen, die tatsächlich Angst haben, ins Kleinbasel zu gehen. Meine Mutter geht nicht mehr auf die Post dort, ich muss das für sie erledigen, einfach das sei mal gesagt. Und dann haben Sie gesagt, man sollte mal Vorschläge bringen, wie man das lösen könnte. Ja, es gibt schon Vorschläge, ich weiss nicht, ob das so gemacht wird, aber ich denke nicht. Man könnte ja diese Schwarzen, also diese Dealer mal fragen, wo sie wohnen, wie sie die Miete bezahlen, von was sie leben, und dann, wenn sie beispielsweise italienische oder spanische Aufenthaltstitel haben, sie dann tatsächlich dorthin schicken, wo sie hergekommen sind, also wo sie den Aufenthalt haben. Und das ist vermutlich ein Problem, das nicht oder zu wenig gemacht wird. So viel habe ich gehört. Und ich weiss nicht, Regierungsrätin Eymann wird das nachher vielleicht noch erläutern, aber das wäre sicher ein Punkt, den man aufnehmen könnte und so die Leute, die unsere Menschen, die hier leben, krank machen mit dem Drogenverkauf, das ist eine Sauerei, zum Schutz unserer Kinder, unserer Jugendlichen, die angesprochen werden, wenn sie vom Schulhaus kommen, dass man die Leute wegschafft, das würde ich vollumfänglich unterstützen und ich hoffe, Sie auch von der linken Seite.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für ein zweites Votum gemeldet hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Alle meine Vorredner haben sich zum zweiten Votum gemeldet, darum muss ich mich auch zum zweiten Votum melden. Ich freue mich, dass wir eine Diskussion haben, weil ich ja immer der Grossrat bin, der sagt, wir halten hier nur Reden, die abgelesen werden, und das Parlament sollte ja diskutieren.

Ich kann mich kurz fassen, aber es ist halt mein Wahlthema, was wir hier diskutieren. Ich möchte das einfach zum Schluss zu den Vorrednern noch sagen. Lieber Mahir Kabakci, Sie haben gesagt, man kann die Leute nicht einsammeln, da sind wir halt zu modern, die Schweiz ist ein modernes Land. Aber gehen Sie nach Bulgarien, Belarus, in solche Länder, dort werden die vom Bahnhof alle eingesammelt, da gibt es keine Diskussion. Und Joël Thüring hat richtig gesagt, und das stimmt, die Drogendealer lachen den Polizisten am nächsten Tag aus und der Polizist sagt, ja, ich kann auch nichts machen. Und darum, Mahir Kabakci, Sie haben vollkommen recht, diese Leute werden nicht eingesammelt, aber es gibt Länder, wo diese Leute eingesammelt werden, und diese Länder bewundere ich.



Ich habe auf meinem Flugblatt zu diesem Anzug von Joël Thüring geschrieben, was sich rund um den Claraplatz abspielt, spottet jeder Beschreibung. Schwarzafrikaner wickeln dort völlig unbehelligt ihre Drogengeschäfte ab. Mitten in Kleinbasel ist eine No-Go-Area entstanden, die die Frauen, Touristen und Einheimische nur noch auf eigenes Risiko betreten können. Das, meine Damen und Herren, habe ich 2024 auf meinem Flugblatt als Kleinbasler Grossrat geschrieben und wurde gewählt mit genügend Stimmen.

Ich komme noch zum Schlussredner, zu Herrn Wehrli. Sie haben richtig gesagt, Sie müssen Ihre Mutter vertreten, sie hat Angst. Auch ich habe grosse Angst im Kleinbasel und ich gehe nur am Morgen in die Stadt, das muss ich so sagen, am Nachmittag nicht, das ist mir zu gefährlich. Am Morgen ist der Claraplatz noch ruhig und da findet man noch die älteren Leute, aber dann ab 12 Uhr leert sich der Claraplatz mit den älteren Leuten und eine andere Klientel übernimmt.

Darum danke ich allen, dass wir hier geredet haben und dass Sie zugehört haben. Es ist wirklich ein Thema und ich wiederhole die Frage an Frau Eymann, warum kann man diesen Menschen, die dort Drogen verkaufen, auch an unsere Kinder, kein Platzverbot geben, warum kann man die nicht einsammeln oder wegschaffen. Und der Schlusssatz ist, ich sammle ja wichtige Zitate und der Regierungsrat Basel-Stadt hat selber gesagt, aussergewöhnlich häufig sind im unteren Kleinbasel junge Männer aus den Maghreb-Staaten, die im Bundesasylzentrum oder in Asylunterkünften in der Region wohnhaft sind, polizeilich auffällig. Auch das ist auf meinem Flugblatt und das sagt der Regierungsrat und nicht ich und das möchte ich einfach mal den Linken und Grünen ins Stammbuch schreiben. Bitte überlegen Sie sich, was selbst die Regierung Basel-Stadt sagt. Ich bin einverstanden mit der Regierung, aber eine Frage ist noch ungeklärt, warum kann man die Leute nicht vom Claraplatz wegschicken, warum sehe ich seit 25 Jahren jeden Tag die Gleichen und sie fragen mich auch, willst du kaufen, dann sage ich nein und gehe weiter.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ja, die Diskussion war einmal mehr sehr emotional und in vielen Punkten bin ich auch einverstanden, was die Thematik und die Problematik angeht. Ich möchte mich dagegen verwehren, dass ich gehört habe, wir verharmlosen das Problem. Das ist mitnichten so, weder ich als Sicherheitsdirektorin noch der Regierungsrat verharmlost hier irgendetwas. Wir haben Ihnen aufgezeigt, was in der Zwischenzeit alles auch gegangen ist in den unterschiedlichen Sicherheitslagen, die wir haben im Kleinbasel. Man kann nicht die eine mit dem anderen wirklich vergleichen. Wir haben die Dreirosen, darüber haben wir genügend schon gesprochen hier in diesem Rat, wir haben da Massnahmen ergriffen, die aber nicht gleich wirksam sind an einem Claraplatz. Das habe ich immer gesagt, eine Videoüberwachung hilft bei Kleindiebereien nichts, das interessiert Kleindiebler nicht, ob sie gefilmt werden oder nicht, das ist also nicht eine Massnahme, die hier irgendwo wirksam ist.

Das Thema ist komplex, es ist auch nicht einfach so, dass eine Massnahme jetzt einfach die Lösung bringt. Es hat viele Akteure, wir haben es gehört in der Aufzählung, wen es da alles braucht. Es braucht Ranger, es braucht selbstverständlich die Polizei, es braucht die aufsuchende Suchtarbeit, es braucht alle in dieser Thematik und es braucht auch beiderlei Massnahmen. Es braucht Prävention und es braucht genauso Repression. Es funktioniert nicht nur einseitig, das ist ebenso.

ESC haben Sie noch erwähnt, Daniel Seiler, ja, so viele Polizisten hatten wir noch nie in der Stadt wie am ESC. Das ist tatsächlich eine andere Ausgangslage, wir müssen mit diesen Mitteln schauen, die wir haben. Wir haben heute ein Zeichen gehört und bekommen, dass wir auch attraktiver werden, aber es ist gar nicht unbedingt das Thema der Menge der Polizistinnen und Polizisten. Sie fahren sehr wohl Sonderaktionen immer wieder, auch am Claraplatz. Wir haben die Kräfte gebündelt in der Polizei, wir haben geschaut, dass wir mehr Polizei wirklich auch auf die Strasse bekommen, da haben wir auch Rückmeldungen, dass das doch langsam, aber sicher auch zu greifen anfängt. Also deshalb ist nicht eigentlich das Ressourcenthema das einzige hier.

Aber, und das stimmt leider, die rechtliche Handhabe ist ein Thema. Wir haben am Claraplatz diese «Kügeli-Dealer», sogenannte, diese Kleindiebereien. Diese Mengen führen nicht zu Urteilen, die irgendwie zu schärferen Massnahmen berechtigen würden. Und das ist schon das Thema, das auch die Polizei immer wieder zurückmeldet. Sie kontrollieren, sie nehmen vielleicht die eine oder die andere Person mal mit auf den Posten, am nächsten Tag steht sie wieder da. Und dann sind wir genau bei dieser Thematik, wir haben hier ein Strafmass im Bundesgesetz, das hier sehr klein ist, wir haben parallel dazu aber die Voraussetzung eines Urteils, damit man jemanden des Landes verweisen kann, wir haben die Feststellung, dass viele europäische Aufenthaltstitel hier sind und das Ganze einfach schwierig machen in der Summe zu sagen, wir nehmen die einfach mit und wir packen die einfach ein. Das weiss auch Herr Wehrli als ehemaliger operativer Polizist oder Kriminalpolizeiangestellter.

Ich möchte hier aber nicht nur klagen und sagen, wir können nichts machen gegen das Problem, sondern wo wir ansetzen müssen, und das steht in unserem Legislaturplan der Regierung, wir müssen a) die öffentliche Sicherheit im öffentlichen Raum ernst nehmen, das machen wir genau mit diesen Massnahmen departementsübergreifend, und wir müssen an den Kern des Problems kommen. Und dieses Problem heisst organisierte Kriminalität. Und wenn wir da einfach nur «Kügeli-



Dealer» irgendwo kontrollieren, dann wird das nie besser. Wir müssen an die Strukturen kommen, wir müssen uns so organisatorisch aufstellen, dass das auch möglich ist. Das ist Fakt heute, wir haben diese Situation nicht, dass wir aufgestellt sind in der polizeilichen und der kriminalpolizeilichen und der Strafverfolgungsaufstellung. Daran arbeiten wir mit Hochdruck im Rahmen von ReoS, unserem grossen Projekt, damit wir hier die Schlagkraft entwickeln und solchen Themen wirklich dann auch nachhaltig begegnen können.

Deshalb ist es nicht ein Zeichen, jetzt zu sagen, wir schreiben das ab, weil wir haben kein Problem, sondern wir haben die Probleme erkannt. Wir sind vielerlei Problemen auch schon begegnet über die Departementsgrenzen rüber und wir bleiben dran und wir müssen neue Ansatzpunkte auch testen, auch neue Massnahmen und daran arbeiten wir mit Nachdruck. Deshalb ist das nicht einfach ein Problemlösungsabschreiben, sondern Problem erkannt und in den Gefässen, die sowieso da sind, wollen wir weiterarbeiten. Wir müssen auch Massnahmen, die wir selber in der Hand haben, prüfen. Ich habe das mehrfach auch öffentlich angekündigt, dass das Thema des Platzverweises wieder kommt mit der nächsten Polizeigesetzrevision, die sich aus anderen Gründen etwas verzögert hat. Sie haben da dann in diesem Rat die Gelegenheit, über diese Massnahme auch nachzudenken oder der zuzustimmen. Ich denke, auch hier müssen wir auf allen möglichen Ebenen, auch bei den niederschweligen, und das ist eine niederschwellige Massnahme für die Polizei, dann halt eben auch schauen, dass wir die Mittel unseren Polizistinnen und Polizisten in die Hand geben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Daniel Seiler und weiteren.

Ergebnis der Abstimmung

66 Ja, 24 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009002, 20.05.26 11:25:50]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 66 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen den Anzug abgeschrieben.

32. Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend Sensibilisierung der friedlich Demonstrierenden und Abstand von Vermummten und Personen mit Schutzausrüstungen, Schreiben des RR

[20.05.26 11:25:59, 23.5214.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann. Sie verzichtet. Damit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Eingetragen für die SP hat sich Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie, ebenfalls der Regierung hier zu folgen und die Anzüge abzuschreiben. Beim Anzug von Thomas Widmer-Huber waren wir 2023 bereits der Meinung, dass dieser gar nicht überwiesen werden soll. Das Demonstrationsrecht ist heute bereits eingegrenzt durch Bewilligungspflichten und auch die Landfriedensbruchnorm, also die Idee, dass nur friedliches Demonstrieren grundrechtlich geschützt ist. Wir haben also schon eine Strafnorm, die besagt, dass Menschen sich strafbar machen, wenn sie stehen bleiben in einer Menschenansammlung,



aus der heraus Gewalt gegen Menschen oder Sachen begangen wird. Deswegen möchten wir diesen Anzug jetzt abschreiben.

Dann beim Thema Deeskalation, also der Forderung von Anzug Fleur Weibel, Optimierungen beim Dialog- und Deeskalationskonzept, also des 3D-Modells zu machen, da sind wir mit der Antwort der Regierung halb zufrieden. Ich gehe gleich auf die Schwachstelle ein, möchte jetzt aber an erster Stelle vor allem auch ein Lob aussprechen, wieso wir deswegen auch mit der Abschreibung des Anzugs einverstanden sind.

Seit 2023 hat nämlich eine deutlich positive Veränderung in der Demo-Strategie des JSD hin zu Deeskalation stattgefunden. Die sehr repressive Demonstrationsstrategie, die zu Beginn der Amtszeit der jetzigen Vorsteherin des JSD eingeführt wurde und dann auch ihren negativen Höhepunkt am 1. Mai 2023 hatte, führte zu massivem Personaleinsatz, hoher Belastung der Polizei gerade auch an Wochenenden und hatte somit einen grossen Beitrag auch zu der Polizeikrise, die wir hier auch intensivst diskutiert haben. Wir anerkennen, dass das JSD aus Fehlern gelernt hat und inzwischen eine dialogorientierte Strategie verfolgt wird, die die Polizei spürbar entlastet und auch wirklich zu Deeskalation beiträgt. Wir sehen das auch in der Anzugsbeantwortung, kommunikative Ansätze werden betont, so dass auch Demonstrationen dann ohne massive polizeiliche Intervention durchgeführt werden können. Wir begrüssen auch, dass die Regierung betont, dass diese dialogorientierte Strategie auch besonders wichtig ist und beibehalten wird, auch in Zeiten von globalen Konflikten und internationalen Krisen, die auch immer wieder mal zu friedlichen Spontankundgebungen führen. Wir beobachten hier eine Lernkurve und schätzen auch, dass genannt wird, dass der direkte Dialog, das direkte Gespräch Spannungen abbauen und präventiv Eskalationen verhindern kann.

Nun, die Schwachstelle der Anzugsbeantwortung sehen wir in der Darstellung des Ansatzes der Deeskalation bei der Darstellung vom 3D-Konzept. Es ist uns nicht genügend dargestellt, wieso zum Beispiel die Anpassung einer Route, die ja schon ein ziemlicher Eingriff in den geplanten Ablauf einer Demonstration ist, hier als Deeskalation eingestuft wird. Denn ein solcher Eingriff kann als durchaus repressiv einschreitendes Vorgehen empfunden werden und somit auch. Wiederum zur Eskalation beitragen. Auch sind Personenkontrollen hier als Teil der Deeskalation dargestellt, für die Betroffenen ist das aber häufig bereits eine repressive, einschreitende Massnahme.

Wir kommen deswegen zum Schluss, dass in der Anzugsberichterstattung der Begriff der Deeskalation in doppelter und widersprüchlicher Weise verwendet wird. Einerseits als dialogorientierter, vertrauensbildender Ansatz, andererseits aber auch kontrollierende und potenziell einschüchternde, eingreifende polizeiliche Massnahmen darunter subsumiert werden mit dem Ziel, akute Gewalt abzuwenden. Diese begriffliche Unschärfe oder Nutzung in doppelter, zum Teil auch widersprüchlicher Bedeutung, ohne dass das benannt wird, das beinhaltet aus unserer Sicht zwei Gefahren oder zwei Probleme. Einerseits wirft es Fragen zur fachlichen Qualität des Konzeptes auf, und wir möchten dazu auffordern, wirklich daran weiterzuarbeiten, und andererseits sehen wir auch die Gefahr, dass bei so einer begrifflichen Unschärfe Deeskalation letztlich auch zu einem Legitimationsbegriff für polizeiliches Eingreifen werden kann, anstatt dass er eine klare Orientierung für Konfliktabbau und Grundrechtsschutz bietet. Wir hoffen aber doch sehr, dass wenn diese Konzepte in den Schulungen der Polizei vermittelt werden, dass sie dann klarer sind als in dieser Anzugsbeantwortung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Franziska Stier.

Franziska Stier (BastA): Wir von BastA beantragen, den Anzug Fleur Weibel stehen zu lassen. Dieser Anzug stellt, wie Barbara Heer eben ausgeführt hat, zentrale Fragen zur sogenannten 3D-Strategie, Dialog, Deeskalation und Durchgreifen. Er will wissen, wann und unter welchen Umständen und welche Mittel sozusagen das Durchgreifen ermöglichen und wie Einsätze, wie jener mit Gummigeschossen, begründet werden. Das sind keine Detailfragen, das sind zentrale Fragen im Umgang mit Demonstrationen und Protesten und damit auch für die Grundrechte in diesem Kanton. Eine gute Antwort hätte Orientierung schaffen können für die Bevölkerung, für Demonstrierende und letztlich auch für die politische Kontrolle dieses Parlaments.

Was wir erhalten haben, ist jedoch keine solche Antwort. Es ist vielmehr eine Art beredtes Schweigen. Ja, es wird beschrieben, was unter Dialog, Deeskalation und Durchgreifen verstanden wird, aber eine Beschreibung ist noch kein Konzept und sie beantwortet zentrale Fragen des Anzugs nicht. Zum Dialog können wir natürlich positiv festhalten, dass es seit 2023 gewisse Verbesserungen gibt und dass schon seit längerem ein Dialogteam existiert. Aber auch hier gibt es Probleme. Zum Beispiel funktioniert ein Dialogteam, das keine Entscheidungen treffen kann, nicht wirklich als Dialogteam. Es stellt sich die Frage nach seiner tatsächlichen Wirkung innerhalb der Demonstrationen.

Zum Thema der Deeskalation, hier wird es besonders dünn in diesem Anzug. In der Antwort verschwimmt Deeskalation entweder mit Dialog oder mit Repression. Ein eigenständiges, nachvollziehbares Deeskalationskonzept ist nicht erkennbar. Massnahmen wie Routenumleitung, Personenkontrollen oder das Festhalten von Gruppen mögen polizeilich begründbar sein, deeskalierend sind sie in der Regel nicht. Im Gegenteil, sie schaffen Situationen, in denen sich Betroffene nicht



entziehen können und verschärfen damit bestehende Spannungen. Oder fanden Sie jemals eine Verkehrskontrolle aus dem Nichts heraus deeskalierend?

Und schliesslich zum Durchgreifen. Die Ausführungen zum Einsatz von Gummigeschossen bleiben auf der Ebene der gesetzlichen Grundlagen, aber genau danach wurde nicht gefragt, gefragt wurde nach der Praxis, nach den konkreten Kriterien und Entscheidungsprozessen. Diese bleiben unbeantwortet.

Insgesamt verläuft sich die Antwort zu oft in Formulierungen, wie wird geprüft, oder in allgemeinen Beschreibungen, ohne konkrete Kriterien, ohne nachvollziehbare Leitlinien, ohne echte Transparenz. Damit wird der Anzug in seinem Kern nicht beantwortet und genau deshalb ist es richtig, ihn stehen zu lassen, nicht aus Prinzip, sondern weil Fragen offen sind. Der Regierungsrat hat nun die Chance, eine substanzielle Antwort nachzuliefern. Diese Chance sollten wir ihm geben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich möchte hier diese Diskussion nicht künstlich verlängern. Wir werden ja im nächsten Monat, in der nächsten Session endlich dann die Anti-Chaoten-Initiative der SVP behandeln, wo wir natürlich auch der Meinung sind, dass diese relativ gute Chancen bei der Stimmbevölkerung hat. Entsprechend sind wir der Meinung, dass man diese beiden Vorstösse jetzt auch als erledigt abschreiben kann.

Ich möchte aber schon noch einen Punkt ins Spiel bringen. Sie haben jetzt gesagt, seit 2023 haben wir Verbesserungen. Das wird Sie jetzt nicht überraschen, dass ich und die SVP-Fraktion das komplett anders sehen. Wir haben eine Verschlechterung, wir legen den roten Teppich aus gegenüber extremistischen Tendenzen und das ist brandgefährlich. Ich habe es heute Morgen schon gesagt, am letzten Samstag hatten wir eine Demonstration, wo Personen Hamas-Dreiecke gezeigt haben. Ich bekomme mehrere Meldungen Woche für Woche, zum Beispiel aus der jüdischen Glaubensgemeinschaft, dass sich diese Personen zunehmend unsicher fühlen, wenn diese Personen demonstrieren gehen und ihren Extremismus und ihren Israel-Hass frei kundtun. Und immer, wenn ich jetzt hier diese Diskussion auch von meinen linken Vorrednern höre, heisst es, Deeskalation, Deeskalation, Deeskalation und wenn es dann einmal eine Eskalation gibt, dann sind nicht die Demonstranten schuld, sondern dann ist die Polizei schuld. Und da muss ich Ihnen schon sagen, da sind Sie einfach auf dem linksextremen Auge blind.

Und ich kann Ihnen nochmals sagen, ich freue mich auf die Anti-Chaoten-Initiative, weil dann können wir endlich einmal diesen Leuten das Handwerk legen, welche für Unsicherheit bei anderen Personen auf der Strasse verantwortlich sind. Das ist nicht die Polizei, die Polizei ist nicht hauptverantwortlich für Eskalation, es sind diese Demonstranten und das wird mehrheitlich in diesem Parlament nach wie vor ignoriert. Aber jetzt kommen wir in der nächsten Session dazu und da kann ich Ihnen jetzt schon sagen, da freue ich mich darauf.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Thomas Widmer-Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Ich möchte zuerst auf das erste Votum eingehen. Es ging und geht mir bei meinem Anzug nicht um irgendwelche Einschränkungen des Demonstrationsrechts. Im Gegenteil, es geht mir darum, dass nach Demonstrationen nicht primär über Chaoten und Polizeieinsätze gesprochen wird, sondern es geht um die Anliegen der Kundgebung.

Ich danke der Regierung für die differenzierten Ausführungen zu meinem Anzug. Mein Anliegen bleibt aktuell. Friedlich Demonstrierende sollen weiterhin aufgefordert werden, sich von Vermummten und von Personen mit Schutzausrüstung zu distanzieren. Ich nehme zur Kenntnis, dass es aus Sicht der Regierung fraglich ist, wie eine aktive Distanzierungspflicht konsequent durchgesetzt werden könnte. Auf die Einführung einer gesetzlichen Distanzierungspflicht wird verzichtet. Ich kann das nachvollziehen, halte aber an meiner Forderung fest. Es braucht bei den Organisatoren von Demonstrationen eine entschiedene Distanzierung von Personen, die nur an Demos kommen, um Sachbeschädigungen zu begehen und Polizistinnen und Polizisten anzugreifen.

Ja, es bleibt aktuell, nicht nur in Basel, aber auch in Basel in gewissen Demonstrationen. Ja, warum verummten sich Personen? Sie verummten sich, weil sie ein Delikt begehen und dabei nicht erkannt werden wollen. Deshalb braucht es eben nicht nur das 3D-Modell bei der Polizei, es braucht nicht nur Dialog, Deeskalation und Durchgreifen von Seiten der Polizei, auch die Demonstrierenden können Massnahmen ergreifen, auch die Demonstrierenden haben ihre Verantwortung. Notwendig bei den Organisatoren und bei Menschen, die friedlich demonstrieren, ist eine aktive Distanzierung von Personen mit Schutzausrüstungen und von Personen, die verummt sind oder sich im Lauf der Demonstration verummten.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb ist Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Ich kann mein Votum stark abkürzen, da ich eigentlich dem Votum von Barbara Heer und auch von Franziska Stier nicht mehr so viel anzufügen habe. Die Fraktion GRÜNE/jgb ist ebenfalls der Meinung, dass der Anzug jetzt abgeschrieben werden kann. Die erwähnten Punkte von meinen Vorrednerinnen diesbezüglich, dass der Teil zur Deeskalation relativ dünn ausgefallen ist und nicht sehr erhellend ist, insbesondere jetzt auch für mich beispielsweise als Aussenstehende, und das eigentlich gerade das war, was der Anzug auch gefordert hat, das sehen wir kritisch. Wir glauben aber auch nicht, dass ein Stehenlassen jetzt hier noch weitere Erkenntnisse bringen würde und ebenfalls möchte ich betonen, dass wirklich klar ersichtlich ist, dass die Dialogbereitschaft in den letzten Jahren zugenommen hat und dass der Umgang der Polizei mit Demonstrationen sich wesentlich verbessert hat. Das ist auch der Grund, warum wir den Anzug abschreiben möchten.

Ich möchte nur noch auf einen letzten Punkt eingehen, zum Punkt zum Durchgreifen. Es ist manchmal so, dass die Polizei durchgreifen muss bei Demonstrationen und da war es mir vor allem auch wichtig, Antworten dazu zu erhalten, wie mit dem Einsatz von Gummischrot umgegangen wird, weil Gummischrot einfach eine sehr hohe Verletzungsgefahr birgt, insbesondere wenn diese Gummischrot-Dinger ins Gesicht gehen und da zu bösen Augenverletzungen führen können. Und da habe ich mich gefragt, in der Anzugsbeantwortung heisst es, dass die Polizisten beim Abfeuern von Gummischrot aus naher Distanz, wobei ich mich frage, wo ist genau die nahe Distanz, das hätte ich auch gerne etwas besser ausgeführt gehabt, aber auf jeden Fall, dass wenn sie Gummischrot aus naher Distanz abfeuern, dass sie möglichst auf die Beine zielen sollen. Da frage ich mich schon, was es hier heisst, dass sie möglichst auf die Beine zielen sollen. Ich würde davon ausgehen, dass sie immer dazu aufgefordert sind, auf die Beine zu zielen, um eben dieses Verletzungsrisiko möglichst gering zu halten.

Von daher, bei den Punkten Deeskalation und Durchgreifen sind bei uns gewisse Fragen offen geblieben, gleichzeitig sehen wir es positiv, wie sich der Umgang der Polizei insgesamt, abgesehen von einzelnen Ausnahmen in den letzten Jahren, wieder verbessert hat, nachdem Barbara Heer auch schon gesagt hat, dass es zeitweise sehr repressiv war, wie mit den Demonstrationen umgegangen wurde, und wir begrüssen es, wenn die Polizei und das JSD auch in Zukunft an dieser Demonstrationsstrategie festhält, die sie jetzt in den letzten Jahren etabliert haben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug Thomas Widmer-Huber abzuschreiben.

32.1. Anzug Fleur Weibel und Konsorten betreffend Deeskalation bei Kundgebungen, Schreiben des RR

[20.05.26 11:42:40, 23.5472.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Franziska Stier beantragt, den Anzug von Fleur Weibel stehen zu lassen. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

Ja heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat. Nein heisst Stehenlassen gemäss Antrag Franziska Stier.

Ergebnis der Abstimmung

80 Ja, 14 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009005, 20.05.26 11:43:19]

Der Grosse Rat beschliesst



den Anzug abzuschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben den Anzug mit 80 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung gemäss Antrag Regierungsrat abgeschrieben.

Es gibt einen Antrag von Oliver Thommen. Er möchte begründen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ich möchte die heutige Nachmittagssitzung im Sinne des Staatshaushalts und der Sitzungsökonomie absagen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich empfehle Ihnen, dass wir die Nachmittagssitzung heute durchführen. Wir haben doch noch ein paar Traktanden. Sie haben gesehen, auch heute Morgen, Sie waren doch sehr redewillig und wir empfehlen Ihnen, diese Sitzung zu machen, damit wir im Juni mit einer neuen Traktandenliste starten können. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer die Nachmittagssitzung heute Nachmittag durchführen möchte, stimmt JA, wer sie absagen möchte, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 24 Nein, 21 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009007, 20.05.26 11:44:48]

Der Grosse Rat beschliesst

die Nachmittagssitzung durchzuführen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie möchten mit 49 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen bei 21 Enthaltungen die Nachmittagssitzung, wie eigentlich schon geplant, durchführen.

33. Anzug Christian von Wartburg und Konsorten betreffend Verbesserung der Veloverkehrssicherheit, Schreiben des RR

[20.05.26 11:45:01, 21.5431.03]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet auf ein Votum. Gemeldet hat sich Heidi Mück für die Fraktion BastA.

Heidi Mück (BastA): Wir von BastA sind damit einverstanden, wenn dieser Anzug abgeschrieben wird, das heisst jedoch nicht, dass wir der Meinung sind, das Anliegen sei erfüllt. Insbesondere die Forderung, dass alle erkannten Velo-Unfallschwerpunkte prioritär angegangen werden sollen und dass Unfälle zeitnah analysiert und in der Folge rasche Verbesserungsmassnahmen umgesetzt werden sollen, ist unserer Meinung nach noch nicht erfüllt. Ich verweise auf die Diskussion, die wir vor zwei Wochen hatten, als es darum ging, die Petition betreffend Vision Zero, also null Verkehrstote, an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.



Im Hearing erfuhren wir von der PetKo, wie mit Unfallschwerpunkten umgegangen wird. Wenn innerhalb von drei Jahren an einem Ort eine bestimmte Anzahl an Unfällen gemeldet werden, wird dieser durch ein Punktesystem als Unfallschwerpunkt eingestuft. Anschliessend wird dann geprüft, ob die Unfälle zufällig sind oder auf eine gemeinsame Ursache zurückzuführen sind, die behoben werden kann. Mit diesem Vorgehen wurde erklärt, warum sofortige Massnahmen nicht möglich seien. Die Einordnung erfolgt rückwirkend und erst danach könnten Gegenmassnahmen ergriffen werden. Aus Sicht der Velofahrenden ist dieses Vorgehen nicht so günstig und es dauert so viel zu lange, bis Unfälle analysiert und Verbesserungsmassnahmen an neuralgischen Stellen umgesetzt werden.

Hier wünschen wir uns einfach ein rascheres Verfahren. Analysen sollen nicht erst nach drei Jahren und einer bestimmten Anzahl Unfälle gemacht werden und es soll auch die Möglichkeiten für sofortige Massnahmen geben. Dies wollte ich einfach im Namen von BastA noch deponieren und bitte den Regierungsrat, diesen Wunsch doch unabhängig von diesem Anzug zu erfüllen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

34. Interpellation Nr. 39 Edibe Gölgeli betreffend Deepfakes, pornografische Inhalte und digitale sexualisierte Gewalt im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR

[20.05.26 11:47:56, 26.5126.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Edibe Gölgeli (SP): Positiv ist, dass der Regierungsrat das Problem von Deepfakes und digitaler sexualisierter Gewalt klar benennt und die bestehenden Strukturen in Basel-Stadt sichtbar macht. Schulen, Schulsozialarbeit, die Jugend- und Präventionspolizei, die Opferhilfe und die Koordinationsstelle für digitale Jugendarbeit leisten bereits heute wichtige Arbeit und sind nahe an den Lebensrealitäten von Kindern und Jugendlichen. Auch anerkenne ich, dass der Regierungsrat die wachsende technische Komplexität in der Strafverfolgung beschreibt und auf laufende Arbeiten zur Reorganisation und Stärkung der digitalen Ermittlungsarbeit verweist. Gleichzeitig muss ich betonen, bleibt für mich eine Lücke. Vor allem bei einer hohen Dunkelziffer, neuen Kriminalitätsformen und sehr belasteten Strafverfolgungsbehörden reicht es aus meiner Sicht nicht, primär auf bestehende Strukturen, laufende Projekte und ein aufmerksames Beobachten zu verweisen.

Zusammenfassend danke ich dem Regierungsrat für die sorgfältige Darstellung der Ausgangslage und der bestehenden Angebote, aber angesichts der rasanten technischen Entwicklungen und der grossen Hürden, gerade bei digitaler sexualisierter Gewalt, reicht es, einfach weiter wie bisher mit punktuellen Anpassungen nicht ganz, deshalb erkläre ich mich mit der Antwort teilweise befriedigt.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

35. Motion Beat Braun und Konsorten betreffend Erhöhung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgungsplätze, Bericht des RR

[20.05.26 11:50:20, 24.5303.03]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Regierungsrat Lukas Engelberger hat das Wort.



RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die vorliegende Motion greift eine drängende Herausforderung auf und deckt sich mit den Arbeiten, welche der Regierungsrat in den vergangenen Jahren bereits aufgenommen und inzwischen auch konkret umgesetzt hat. Im Jahr 2025 hat das Gesundheitsdepartement ein systematisches Monitoring der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung durchgeführt. Dieses wurde in enger Zusammenarbeit mit den Fachverbänden der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und der Psychiaterinnen und Psychiater Basel-Stadt, den Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel sowie dem Statistischen Amt Basel-Stadt aufgebaut. Ziel ist, eine belastbare Datengrundlage zu Angebotsauslastung und Wartezeiten zu schaffen. Die Auswertung dieses Monitorings dient als Grundlage für die Steuerung weiterer Massnahmen. Parallel dazu wurden bestehende Angebote im intermediären Bereich gezielt ausgebaut. Dies betrifft insbesondere die Tageskliniken sowie spezialisierte Angebote der UPK, unter anderem im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Zusätzlich hat der Regierungsrat ein Massnahmepaket zur gezielten Stärkung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung erarbeitet, das ab diesem Jahr umgesetzt wird. Dieses umfasst insbesondere vier Elemente.

Erstens, den Ausbau der transkulturellen Ambulanz der Universitären Psychiatrischen Kliniken zu einem spezialisierten Ambulatorium für Menschen mit Fluchtgeschichte und für Überlebende von Gewalt.

Zweitens, den Aufbau diagnosespezifischer Expertennetzwerke im Bereich schwerer psychischer Erkrankungen. Diese Netzwerke unterstützen niedergelassene Therapeutinnen und Therapeuten bei der ambulanten Behandlung komplexer Fälle und verbessern die Koordination zwischen ambulanten und stationären Angeboten. Dadurch sollen mehr ambulante Therapieplätze für besonders vulnerable Personen geschaffen werden.

Drittens, den weiteren Ausbau psychiatrischer Liaisondienste bei Institutionen im Sozial-, Pflege- und Jugendbereich. Ein Fokus liegt hierbei auf dem Bereich der Jugendpsychiatrie, Ziel ist eine frühzeitige psychiatrische Anbindung, um Versorgungslücken zu schliessen und unnötige Hospitalisationen zu vermeiden.

Viertens wird im Gesundheitsdepartement eine zentrale Koordinationsstelle geschaffen. Diese bündelt Monitoring, Vernetzung und die Weiterentwicklung innovativer und digitaler Lösungen, insbesondere zur Verbesserung des Zugangs für vulnerable Gruppen.

Die Finanzierung dieser Massnahmen wurde dem Grossen Rat im Rahmen des Geschäftskonzepts zum Ausbau der Massnahmen zugunsten der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung im Kanton Basel-Stadt beantragt und im Dezember 2025 beschlossen. Die bewilligten Mittel belaufen sich auf rund 950'000 Franken pro Jahr und ich möchte Ihnen an dieser Stelle danken, dass Sie dieses Geld, das notwendig ist, auch gesprochen haben.

Zusammenfassend stellt der Regierungsrat fest, dass die ambulante psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung Teil eines komplexen Systems ist, das durch vielfältige medizinische, soziale und institutionelle Schnittstellen geprägt wird. Entsprechend verfolgt er einen strukturierten Ansatz, der auf eine gezielte Stärkung, bessere Abstimmung und nachhaltige Weiterentwicklung des gesamten Angebots ausgerichtet ist. Wir halten fest, dass die in der Motion verlangten Inhalte bereits vorliegen und sich in Umsetzung befinden. Der Regierungsrat erachtet die Motion somit als erfüllt. Selbstverständlich werden wir dem Thema auch weiterhin hohe Aufmerksamkeit zukommen lassen.

Ich möchte Ihnen beantragen, die Motion als erledigt abzuschreiben und ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Erster Fraktionssprecher für die FDP ist Christian C. Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Der Regierungsrat, wir haben es gerade gehört, beantragt, die Motion betreffend die Erhöhung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgungsplätze abzuschreiben. Ich halte diesen Schritt für verfrüht. Die Motion verlangt ein klares Konzept zur effektiven Erhöhung der Therapieplätze kurz-, mittel- und auch langfristig. Der Regierungsrat hat zwar in seiner Antwort verschiedene sinnvolle Massnahmen aufgezeigt, wir haben es vorhin auch nochmals von Lukas Engelberger gehört, Netzwerke, Koordinationsstellen, Monitoring und zusätzliche Angebote. Das ist ausschliesslich zu begrüssen. Aber die entscheidende Frage lautet eigentlich, wird das Problem damit tatsächlich gelöst? Der Regierungsrat selbst weist darauf hin, dass die Nachfrage massiv gestiegen ist, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. Gleichzeitig bestehen weiterhin lange Wartezeiten und grosse Zugangshürden. Unklar bleibt zudem, wie viele zusätzliche Therapieplätze effektiv geschaffen werden. Die einzig konkrete genannte Zahl sind 60 zusätzliche Plätze im Bereich der transkulturellen Ambulanz. Das erscheint angesichts des bekannten Versorgungsengpasses kaum ausreichend. Hinzu kommt, viele Massnahmen befinden sich erst im Aufbau, auch darauf wurde bereits eingegangen von Regierungsrat Engelberger, oder in der Umsetzung ab 2026. Ihre Wirkung ist heute also noch gar nicht nachgewiesen.



Deshalb stellt sich die Frage, kann eine Motion wirklich als erledigt gelten oder abgeschrieben werden, bevor ihre Zielsetzung messbar erreicht ist. Die FDP ist der Ansicht, nein. Die Motion ist aus unserer Ansicht nicht erfüllt, sondern allenfalls auf dem Weg zur Erfüllung. Deshalb bitte ich Sie, die Abschreibung abzulehnen und die Motion stehen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die BastA ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Aufgrund der weiterhin sehr angespannten Lage in der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung, besonders auch von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, ist es aktuell auch aus unserer Sicht nicht angezeigt, dass wir diese Motion bereits abschreiben. Die Wartefristen haben sich gegenüber von einem Jahr kaum verkürzt und der Zugang ist weiterhin schwierig, dies zum Beispiel auch bei der Jugendberatung ausserhalb des psychotherapeutischen Kontexts. Und wenn Sie sich den Kommissionsbericht der GSK vom 16. Oktober letztes Jahr zum Ausgabenbericht und Konzept zum Ausbau der Massnahmen betreffend der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung im Kanton in Erinnerung rufen, ist es eigentlich nichts als logisch, dass diese Motion stehen gelassen werden sollte.

Die GSK äusserte sich damals in ihrer Beratung sehr kritisch zum Ausgabenrecht, die einzelnen Massnahmen sind zwar alle sinnvoll und wichtig und die entsprechenden finanziellen Mittel, besonders für die UPK, wurden ja dann auch vom Grossen Rat so beschlossen. Aber von einem Konzept, wie nun die ambulante psychotherapeutische Versorgung im Kanton verbessert und sichergestellt werden kann, sind wir weiterhin entfernt. Zudem hat die GSK in ihrer Beratung des Ausgabenberichts auf die fehlenden Massnahmen im Bereich der Kinder und Jugendlichen aufmerksam gemacht. Die getroffenen Verbesserungen und neuen Angebote in der teilstationären oder tagesklinischen Kinder- und Jugendpsychiatrie sind sehr begrüßenswert, diese alleine decken aber nicht die offensichtliche Versorgungslücke ab. Es reicht nicht aus, allein über die UPK Verbesserungen anzustossen, es braucht eine Förderung der ambulanten Angebote ausserhalb des klinischen Kontexts.

Ein entsprechendes Konzept soll neue Ideen entwickeln, so dass die Zugänge zur ambulanten psychotherapeutischen Versorgung niederschwelliger und die Wartezeiten verkürzt werden können. Dabei müssen gemeinsam mit den involvierten Fachverbänden auch die bestehenden therapeutischen Angebote überdacht und mit neuen Ansätzen ergänzt werden. Ich habe da mal gegoogelt und im Fachkonzept aus dem 2022 der Kinder- und Jugendpsychiatrie wird unter anderem zum Beispiel auf den Aufbau von niederschwelligen Angeboten und auf Ansätze in den Niederlanden und Australien hingewiesen. Die psychotherapeutische Erstversorgung, wie etwa in den Niederlanden, mit Überweisungen durch die Hausärztinnen und Kinderärztinnen wäre dringend auszubauen und die beispielsweise vielleicht auch kostenlos anzubieten. Wir müssen beginnen, andere Pfade zu gehen, weil die bisherigen bringen uns nicht wirklich zum gewünschten Ziel.

Deshalb werden wir von BastA diese Motion stehen lassen und wünschen uns ein Konzept zur Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb ist Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Auch die Fraktion GRÜNE/jgb bittet Sie, diese Motion stehen zu lassen. Die Forderungen der Motion waren eigentlich relativ simpel. Es muss ein Konzept ausgearbeitet werden, wie Therapieplätze langfristig und kurzfristig erhöht werden können. Es muss zusammengearbeitet werden und es müssen die ambulanten Konzepte berücksichtigt werden. Dieses Konzept liegt Stand jetzt nicht vor und darum ist es nicht gerechtfertigt, diese Motion abzuschreiben.

Soweit erkennbar, gibt es viele Ansätze und das ist sehr gut, weil dringend hoher Bedarf vorhanden ist, wir haben es gehört, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. Aber um diesem Ansturm gerecht zu werden, braucht es eben genau ein Konzept, das den Überblick bewahrt, das alle Akteure miteinbezieht, das neue Projekte und Konzepte oder neue Strategien ermöglicht. Und diese Übersicht, die, habe ich den Eindruck, besteht im Moment nicht, das ist auch den Antworten zu entnehmen. Gerade wenn es auch im ambulanten Bereich bereits Konzepte gibt, wäre es umso besser, wenn es ein übergeordnetes Konzept gibt, um das Ganze abzubilden. Es ist ein Bereich, in dem wir hohe Kosten haben und wir haben umso höhere Kosten, je länger wir nicht gut oder geeignet auf diese Situation reagieren.

Ich bitte Sie darum, diese Motion stehen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich unterbreche an dieser Stelle, wir fahren um 15 Uhr weiter mit der Rednerliste, die wir jetzt haben.



Schluss der 15. Sitzung

12:01 Uhr